Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich morgens, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 23/26
Sammelnummer
Schriftleitung: Amt Moritzplatz 914, 964, 965, 1860, 1868, 1868. Für Nachtgespräche 1860
Geschäftsstelle: Amt Moritzplatz 1900, 3040, 3804.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 281. Donnerstag, 12. Juni 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Die auswärtige Politik des neuen Deutschland.

Scheidemanns Rede auf dem Parteitag in Weimar.

Die Aufnahme der Rede.

Drahtmeldung unserer Sonderberichterstatter.

K. Weimar, 12. Juni.

Die heutige Sitzung des Parteitages war die bedeutsamste, die diese Tagung voraussichtlich aufweisen wird. Scheidemanns Rede wurde überall mit großer Aufmerksamkeit angehört. Ein Versuch der Opposition, ihn — hever er sein Referat erstattete — zu zwingen, über die Ereignisse im Osten sich auszulassen, scheiterte an dem Widerstand Scheidemanns selbst, der unter dem Beifall des gesamten Parteitages erklärte, daß er zurzeit nicht in der Lage sei, über Dinge zu sprechen, deren Entwicklung von hier aus nicht verfolgt werden könne. Der Beifall, der der Rede Scheidemanns folgte, bewies, daß die weitaus überwiegende Mehrheit des Parteitages nach der Richtung orientiert ist, die eine Unterstützung der Regierung zu leisten bereit ist.

Die Opposition ist auch zu schwach, um ihren Tendenzen eine besondere Wirkung zu verschaffen; auf dem Parteitag ist sie kaum stärker als durch einige Dutzend vertreten und es kommt hinzu, daß es ihr an einem einheitlichen Arbeitsplan fehlt, weil sie aus zu heterogenen Elementen besteht. Es ist daher kaum zu erwarten, daß der Parteitag sich auf einen Boden stellen wird, der die Absichten und Pläne der Regierung durchkreuzt. Scheidemanns Rede machte offenbar einen tiefen Eindruck, wiederholt wurde die Rede vom Beifall begleitet und einzelne Zwischenrufe verhallten sofort in dem Beifall der Mehrheit.

Nach Scheidemann sprach als Mitberichterstatter Bernstein, der bekanntlich als Außenseiter in der Partei immer seine eigenen Wege gegangen ist. Bernstein nahm zu den einzelnen Fragen der auswärtigen Politik auch eine Stellung ein, die sich wenig mit der der übrigen Parteigenossen deckt. So behauptete er z. B. daß neun Zehntel der Friedensbedingungen, die uns die Entente gestellt hat, berechtigt seien. Ein gewaltiger Entrüstungssturm machte sich gegen diese Worte bemerkbar; von allen Seiten rief man Bernstein zu und verlangte sogar Schluß seiner Rede. Erst nach längerer Zeit konnte Bernstein seine Rede fortsetzen.

Aehnliche Vorgänge spielten sich ab, als Bernstein den Tschechoslawen das Recht zugestand, auch die deutschen Teile Böhmens für sich in Anspruch zu nehmen. Im übrigen enthielt die Rede mehr theoretische Gesichtspunkte, die aber auch nicht ohne Widerspruch vom Parteitag aufgenommen wurden.

Die gesamten folgenden Redner, darunter der preußische Landwirtschaftsminister Braun, Hermann Müller vom Parteivorstand, Adolf Braun wandten sich gegen Bernstein, dessen Ideen sie in den schärfsten Worten unter dem Beifall des Parteitages ablehnten.

Die deutschen Truppen in Lett- und Estland.

Eine Erklärung Noskes.

Vor Beginn der Sitzung hatte Davidsohn-Berlin den Antrag gestellt, Scheidemann zu veranlassen, in sein Referat eine Antwort auf die Frage hineinzuflechten, ob es richtig sei, daß deutsche Truppen, darunter die Eiserne Division, im Augenblick im Kampfe mit den Esten und Letten stehen. (Bewegung im Hause.) — Der Vorsitzende Schulz begleitete diese Anfrage als eine überflüssige Störung des Parteitages. Es sei Scheidemann doch unmöglich im Rahmen eines ausgearbeiteten Referats eine derart wichtige Frage zu beantworten, von der man bis jetzt nichts näheres wisse.

Ministerpräsident Scheidemann erklärte, daß er über diese Frage Davidsohns erstaunt sei, da er von einem derartigen Vorfall überhaupt nichts wisse. Davidsohn wiederum gab die Erklärung ab, er müsse auf Grund direkter Informationen seine Anfrage aufrechterhalten.

Nach längerer Debatte erklärte Ministerpräsident Scheidemann, daß Davidsohn und Katzenstein sich im Irrtum befänden, wenn sie annähmen, daß er im Rahmen seines Referats über eine derartige Frage überhaupt verhandeln könne. „Ich habe keine Ahnung davon und muß sagen, daß die Genossen in diesem Fall besser Informationen besitzen als ich selbst. (Heiterkeit.) Wenn die Antragsteller richtig verfahren wären, dann hätten sie mir vorher Mitteilung von ihrer Nachricht gemacht. Denn ich stehe für jeden, auch nachts zur Verfügung. Ich hätte mir, um zuverlässige Informationen einziehen zu können, sofort telephonisch mit Berlin in Verbindung setzen können. Wie soll ich aber in dem Augenblick, in dem ich mein Referat zu halten im Begriff bin, mich hier darüber äußern?

Pupis-Berlin: Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Scheidemann von den von Davidsohn angeführten Vorgängen tatsächlich keine Kenntnis hat. Ich kann ihm aber mitteilen, daß ich bereits vorgestern ein Telegramm aus Kopenhagen von dem Vertreter der Regierung der Letten namens Schönberg empfangen habe, in dem in ausführlicher Weise Mitteilungen über die Vorgänge an der estnischen und lettischen Front gemacht werden. Ich habe dieses Telegramm noch vorgestern sofort dem Genossen Noske übergeben (große Bewegung)

Am Schluß der heutigen Vormittagssitzung gab Reichswehrminister Noske eine Antwort auf die Anfrage Davidsohns. Er erklärte, er habe bereits dem Abgeordneten Krüger, der gleichfalls eine solche Erklärung gefordert hatte, eine erschöpfende Aufklärung über die Angelegenheit gegeben. Im Gegensatz zu der Entente hielt die deutsche Regierung es nicht für notwendig, deutsche Truppen in Estland, Kurland und Livland zu belassen. Der Befehl zum Rücktransport sei bereits gegeben worden und der Rücktransport schon eingeleitet. Mehrere Divisionen seien schon zurückgezogen worden. Der Abtransport könne aber nur langsam vor sich gehen, da es an Transportmitteln und sonstigen Möglichkeiten, den Rücktransport schnell vorzunehmen, fehle. Nirgends aber seien deutsche Truppen im Kampfe mit estnischen und livländischen Truppen gewesen. Es sei jedoch bekannt, daß eine große Anzahl deutscher Freiwilliger in das baltische Heer eingetreten seien. Es sei ja auch eine baltische Landeswehr gebildet worden. Wie weit diese baltischen Truppen, die durchaus nicht unter deutscher Oberhoheit ständen, mit estnischen und livländischen Truppen gekämpft hätten, entziehe sich seiner Beurteilung.

Nach dem uns übermittelten telegraphischen Bericht führte Ministerpräsident Scheidemann in seinem angekündigten großen Rede über die auswärtige Politik auf dem Sozialdemokratischen Parteitag heute folgendes aus:

Gestatten Sie mir am Eingang meiner Ausführungen einige Worte, die vielleicht geeignet sind, die Streitigkeiten, die uns in letzter Zeit beschäftigt haben, ein wenig zu entspinnen. Ich sage hier, was ich auszusprechen für richtig halte, nicht aber, um mich persönlich zu rechtfertigen oder um Ihnen zu beweisen, daß es keiner besser machen konnte oder könnte als ich. In den märchenhaften Zeiten, die man weiter hinter uns liegen, soll es Minister gegeben haben, die sich an ihre Portefeuilles klammerten und an ihren Aemtern klebten. (Heiterkeit.) Ich sage mir oft, was müssen das für merkwürdige Zeiten gewesen sein, was für ein schönes Leben müssen diese Minister gehabt haben, daß sie sich kein schöneres Dasein vorstellen konnten als so ein Ministerdasein. Sie thronten auf den weichen Sesseln der Macht und sahen in jedem, der sie von da hinunterstoßen wollte, ihren persönlichen Feind. Jener Zeit entstammt auch die Vorstellung, man müsse Minister, die man los werden wollte, mit Aufgebot aller Mittel zu stürzen versuchen, denn gutwillig gingen sie ja doch nicht. Diese Psychologie der Ministerstürzerei kommt aus einer Vorstellungswelt her, die in Wirklichkeit nicht mehr besteht. Ich möchte den Minister sehen, der heutzutage nicht mehr bereit wäre, jederzeit mit einem „Uff" der Erleichterung seine sieben Sachen zu packen, wenn man ihm kameradschaftlich zu verstehen gibt, daß er überflüssig sei. Darum empfinde ich es als sinnlos, gerade als lächerlich, wenn der Kampf gegen die Regierungspolitik in einer Stimmung persönlicher Erbitterung geführt wird. Gerade so, als ob der Eigensinn von einzelnen Personen, die durchaus Minister bleiben wollen, an allem Unglück die Schuld trage. Ach, Parteigenossen, wenn alles Unglück nur daher käme, daß sich die gegenwärtige Regierung am Ruder befindet, wie leicht wäre das Volk glücklich zu machen. Die Glücklichsten aber, das dürfen Sie mir glauben, das wären wir Minister! Glauben Sie mir also, wir werden den Augenblick, in dem wir gehen dürfen, ohne unsere Pflicht zu verletzen, nicht versäumen. Wir fürchten ihn nicht, und es wäre nur menschlich, wenn wir ihn geradezu herbeisehnten. Ganz falsch ist auch die Vorstellung, die man in linksradikalen Kreisen hat, wir Sozialdemokraten hätten uns mit Gewalt in die Macht gedrängt. Nein, Parteigenossen, solche Esel sind wir nie gewesen, und wir haben uns weder mit Gewalt in die Macht gedrängt, noch beabsichtigen wir, uns mit Gewalt zu behaupten. Als der historische Herbststurm von 1918 die alten Mannschaften fortgefegt hat, da hoffte man uns herbei, weil niemand anders da war, das Steuer zu führen. Und dann haben wir es geführt, so gut wir es eben konnten. Keinen Augenblick wollten wir den Glauben aufkommen lassen, wir hätten die Macht an uns gerissen, wie der Räuber die Beute an sich reißt, um sie zu besitzen. Noch am Abend des 9. November setzten wir die Demokratie in ihre vollen Rechte ein und kündigten die Einberufung der Nationalversammlung an. Von ihrer Entscheidung wollten wir es abhängig machen, ob wir bleiben oder nicht. Wir müssen es also entschieden ablehnen, wenn jeder Phantast, der einen Putschversuch unternimmt, bojauerklärt, er tue dasselbe, was Ebert und ich am 9. November getan hätten. (Sehr richtig! und Beifall.) Nein, diese Phantasten tun gerade das Gegenteil, was wir getan haben! Denn wir haben die Macht nur an uns genommen, um sie der Demokratie zu geben. Sie aber wollen der Demokratie die Macht wieder entreißen, um sie selbstherrlich auszuüben! (Sehr richtig!)

Ich sage also: Die erste der nächsten Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, ist Verteidigung, Befestigung und Ausbau der Demokratie. (Zustimmung.) Nicht aus Zufall nennen wir uns von alters her Sozialdemokraten. Wir haben uns niemals die Verwirklichung des Sozialismus anders vorstellen können als auf dem Wege der Demokratie. (Sehr richtig!) Die volle Gleichberechtigung aller, das war der Grundsatz, den wir in den Mittelpunkt unseres Programms stellen, für den wir in den Kampf gingen, die Verfolgung des Sozialistengesetzes ertrugen und in dem Kampf um das gleiche Preußenwahlrecht die Schutzmannschaft herausforderten. Ich kann es deshalb nicht verstehen, wie jemand, der an dem Grundsatz der politischen Gleichberechtigung rüttelt, sich noch Sozialdemokrat nennen kann. Und ich muß sagen, daß ich der äußersten Linken dafür dankbar bin, daß sie auf diesen Namen verzichten und sich Kommunisten nennen. Ich wünsche den gleichen Bekennern mut allen, die da glauben, die Demokratie, das gleiche Recht aller, sei eine abgetane Sache und von der Revolution zum alten Eisen geworfen. Betrachten wir aber die Partei, die sich offiziell noch immer die „Unabhängige Sozialdemokratie" nennt, so finden Sie in ihr neben echten Sozialdemokraten, die nur in taktischen Fragen mit uns uneins sind, andere, die das Recht verwirkt haben, sich „Sozialdemokraten" zu nennen, weil sie den Grundsatz der politischen Gleichberechtigung aller aufgegeben haben. Mögen nun auch diese Leute den Mut ihrer Meinung haben und zu scheinen wagen, was sie sind. Kein Sozialdemokrat ist, wer an die Stelle der allgemeinen Volksherrschaft eine politische Räteherrschaft setzen will. (Zustimmung und Widerspruch.)

Mit dieser Räteherrschaft hat es eine eigene Bewandtnis, denn kein Mensch vermag zu sagen, wie sie eigentlich aussieht. In den Blättern der Unabhängigen streiten ihre Anhänger über ihre Grundlage, ohne zu einem festen Ergebnis zu kommen. Da kommt zum Beispiel Crispin und sagt, alle sollen das Wahlrecht zu den Räten haben, nur die eigentlichen Kapitalisten nicht, und selbst die sollen es bekommen, wenn sie sich zu einer sozial-revolutionären Partei bekennen. Das Wahlrecht soll aber jeder verlieren, auch der Arbeiter, dem von einem sozialistischen Gericht die sozialistischen Ehrenrechte abgesprochen werden. Ja, da könnten wir allerlei erleben. Irgendein plötzlicher Schieber, der sich Reklind zu machen versteht, würde das Wahlrecht besitzen, ein ehrlicher Arbeiter aber, der seit Jahrzehnten für die Befreiung seiner Klasse gekämpft hat, würde rechtlos gemacht werden, wenn seine politische Methode den augenblicklichen Machthabern nicht gefiele. Dann kommt aber Max Sievers und verwirft die Crispinschen Ansichten, schlägt aber dafür vor, alle dem Wahlrecht auszuschließen, die in irgendeiner Form Arbeiter beschäftigen, also auch Bauern, Handwerker, kleine Geschäftsleute, Wirte usw. Es läßt sich gar nicht absehen, wieviel berechtigte Erbitterung durch ein solches neues Privilegien-Wahlrecht geschaffen werden müßte. Uebrigens, nicht einzigster dieser stets so unerschrockenen Sozialrevolutionäre, die mich und meine Freunde als Verräter oder Dummköpfe bezeichnen, weil wir nicht auf jedes neue Schlagwort hineinfallen, hat auch nur einen eigenen Gedanken produziert. Sie kopieren ausnahmslos russische Vorbilder. (Sehr richtig.) Wir können ja doch nicht mit beiden Füßen aus der kapitalistischen Gesellschaft herausspringen, können nicht, bis zum letzten Friseurladen herunter, alles auf einmal sozialisieren. (Heiterkeit.) Welches Recht haben wir also, jedem die staatsbürgerlichen Rechte und Ehren abzusprechen, der durch die Gesellschaft, in der er lebt, in irgendeiner Weise Arbeitgeber geworden ist. Ja, wenn es sich nur darum handelte, den wirklichen Drohnen der Gesellschaft, den arbeitsscheuen Ausbeutern fremder Arbeit, die bürgerlichen Rechte abzusprechen, darüber würde allenfalls noch zu reden sein. Aber auch zu diesem Zweck wären die komplizierteste Gesetze, die umständlichsten Feststellungen, die peinlichsten Rechtsverfahren nötig, um schließlich ein paar tausend Leute aus den Wählerlisten zu streichen, die zahlenmäßig so gut wie nichts in ihnen bedeuten. Und wir kämen auf diese Weise zu dem politischen Rätesystem, das sich praktisch von derselben Parlamentarismus in nichts unterscheidet. Ich bitte also die Anhänger des politischen Rätesystems sich endlich einmal erst untereinander über die Grundlage ihres Systems klar zu werden. (Heiterer Beifall.) Bis jetzt scheinen sie mir zu den Leuten zu gehören, von denen unser verstorbener Genosse Viktor Adler zu sagen pflegte, sie wissen zwar nicht recht, was sie wollen, aber sie wollen es entschieden. (Große Heiterkeit.)

Am allerentschiedensten aber müssen wir uns gegen den Versuch verwahren, ein System, von dem noch niemand genau weiß, wie es aussieht, unserem Volke aufzuzwingen. Sie wägen in die Regierung hineinsetzen, wen sie wollen, jede Regierung wird genötigt sein, sich gegen solche Versuche zu wehren und der Gewalt, wenn solche angewendet wird, Gewalt entgegenzusetzen. Ich komme damit auf ein Thema, das uns allen schon die schlimmsten Schmerzen bereitet hat, das gestern auch mein Kollege Noske bereits behandelt hat, auf das Thema von der bewaffneten Macht, die dazu berufen ist, die demokratische Staatsordnung gegen jeden gewaltsamen Umsturzversuch von rechts oder links zu schützen. Wir alle haben ein sehr klares Bild von dieser bewaffneten Macht. Und sie soll aus lauter überzeugten Anhängern der neuen Regierung bestehen, aus Männern, die genau wissen, wofür sie ihre Haut zu Markte tragen, aus unbedingten Rittern der Freiheit, die jede willkürliche Gewaltverabscheuen und nur dort eingreifen, wo es die Verteidigung des Rechts gebietet. Dieses Ideal schwebt uns allen vor Augen. Wir sind alle einig in dem Bestreben, es zu verwirklichen, aber auch alle einig in der Gewißheit, daß wir von ihm noch weit entfernt sind. Auch darüber wollen wir uns alle klar sein: das schwerste Hindernis auf diesem Wege ist der Bruderkampf unter der Arbeiterschaft selbst. Mit einer Truppe, die zu einem Drittel aus Mehrheitssozialisten, zu einem Drittel aus Unabhängigen und zu einem Drittel aus Spartakisten besteht, ist nichts anzufangen. Wir sind nach Kräften bestrebt, jeden reaktionären Geist, jede zu Ausschreitungen neigende Willkürgewalt aus den noch bestehenden bewaffneten Verbänden auszurotten, und ich gebe zu, daß es uns gar nichts schaden kann, wenn in diesem Kampf unser Rücken gesichert wird. Aber soweit von Vorteilen die Rede sein kann, die die Reaktion errungen, so sind sie nur errungen durch die Uneinigkeit des Proletariats und die schauerliche Verwirrung, die in seinen Reihen eingerissen ist. (Zustimmung.) **Die sozialdemokratische Partei muß aber auf der Wacht bleiben zur Verteidigung der teuer erkauften Demokratie, nicht nur gegen links, sondern auch gegen rechts. Es fehlt nicht an Zeichen, daß die alte Macht wieder die Gewalt an sich zu reißen sucht. Ich will diese Gefahr für den Augenblick nicht übertreiben, denn der Mann müßte zu von Sinnen sein, der heute ein putschistisches Abenteuer von rechts wagen würde. Es müßte ein fürchterliches Ende für ihn nehmen. In so aufgewühlten Zeiten verschieben aber die Bilder rasch. Und wenn der Spartakismus, wie er es bisher getan hat, weiter die Hasen in die Küche treibt, dann kann man nie wissen, ob eines Tages nicht andere Verhältnisse eintreten können.**

Genossen, ich rufe Euch daher zu: Seid auf der Hut! Wenn die Reaktion es noch einmal wagt, ihr Haupt zu erheben, wenn sie versuchen sollte, uns das einzige zu nehmen, was wir aus diesem entsetzlichen Krieg als Gewinn, als hoffnungs Keim der Zukunft erhalten haben, wenn sie das gleiche Recht des Volksstimmrechts antastet, dann soll sie abgefertigt werden, daß sie für ewige Zeiten das Wiedererscheinen verspürt. Wir wollen nicht zurück, sondern vorwärts in die Freiheit. (Lebhafter Beifall.) Darum sehnen wir den Tag herbei, der uns der peinlichen Pflicht enthebt, Maßnahmen des Zwanges anzuwenden, die uns in tiefster Seele zuwider sind und zu denen wir uns noch schwerfiem, innerem Kampfe erst entschieden haben, als wir erkannten, daß uns gar nichts anderes übrig blieb, wenn wir unser Werk nicht in einer Flut von Wahnsinn und das Leben von Hunderttausenden untergehen lassen wollten. (Sehr richtig!)

Ich sage mit voller Ueberzeugung: Nieder mit dem Belagerungszustand.

In dem Augenblick, in dem Spartakus darauf verzichtet, seine Gewaltherrschaft auf den Belagerungszustand zu gründen, wird der Belagerungszustand von der anderen Seite erledigt sein. Wann werden wir endlich den inneren Krieg in einem inneren Frieden beenden können, in dem alle Teile ihre gegenseitigen Freiheitsrechte anerkennen und alle Teile sich freiwillig dem Willen des Volkes unterordnen? Diesen Frieden herbeizuführen, muß das Ziel aller ehrlichen Freunde der Arbeiterklasse sein, in welchem Lager sie immer sich befinden, und jeder muß bereit sein, für dieses Ziel, wenn es sein muß, seine Person zum Opfer zu bringen. Ich spreche für mich diese Bereitwilligkeit aus. Aber nie würde ich dafür zu haben sein, daß der demokratische Kern unseres sozialdemokratischen Programms in seiger Fahnenflucht verloren geht, daß Kompromisse über Grundsätze geschlossen würden, über die Kompromisse unmöglich sind. (Sehr richtig!) **Als Parteigenosse in Reih' und Glied würde ich dann weiter kämpfen für unser altes Programm.**

Liegen auf solche Weise die Dinge für uns völlig klar auf politischem Gebiet, so bieten sich die Probleme am so verwirrender auf wirtschaftlichem. Und das ist wahrhaftig kein Wunder. Denn die Demokratie ist eine altbekannte Staatsform, wenn sie auch nirgends sonst in der Welt klar durchgeführt, so konsequent ausgeführt ist, wie in unserer jungen deutschen Republik. Der Sozialismus dagegen ist vollkommenes Neuland. Dazu kommt noch vieles andere. Zunächst — die Staatsform ist eine so vollkommen innere Angelegenheit eines Staates, daß selbst ein geknebeltes Volk sie frei wählen kann, während die wirtschaftliche Ordnung etwas mit dem ganzen wirtschaftlichen Betrieb Zusammenhängendes ist. Der tiefste Sinn ist nun der, daß der siegreiche Kapitalismus Deutschland seine Wirtschaftsform aufzwingen will. Das ganze deutsche Volk soll zu einem Lohnarbeitervolk gemacht werden, das im fremden Kapitaldienst für Hungerlohn bis zur Erschöpfung arbeiten muß. Der Kampf geht jetzt nicht mehr gegen den deutschen Kaiserismus, sondern gegen den deutschen Sozialismus. Dieser ist für den westlichen Kapitalismus ein um so schlimmerer Feind, als er von ihm fürchten muß, er würde nicht so diktatorisch drauflosgängerisch wirtschaften, wie der russische Bolschewismus, der als abschreckendes Beispiel dient, sondern es könnten auch eine methodische Arbeit und seine praktischen Erfolge dahnbrechend werden. Da also ist der äußere Gegensatz. Dazu kommt als innere Schwierigkeit die Tatsache, daß es wohl schon in jahrelchen großen Gemeinden, aber nur in wenigen kleinen Einzelstaaten und nicht im Reichsparlament eine sozialdemokratische Mehrheit gibt. Alles, was durch Reichsgesetz an sozialistischen Maßnahmen geschaffen werden soll, muß mindestens die Zustimmung eines Teils der bürgerlichen Parteien finden, und Sie können sich denken, daß da viel Wasser in den Wein gegossen werden muß. Dazu kommt aber schließlich die Schwierigkeit, die in der Sache selbst liegt, das unerhört Neue, das in ihr liegt.

Alle Wirtschaftsordnungen, die es bisher gegeben hat, fand natürlich den Menschen unbewußt gemachten, und zwar in der Weise, daß sie sich gegenseitig durchdrangen und gegenseitig verdrängten, bis im Laufe der Entwicklung schließlich aus etwas Altem etwas Neues geworden war.

Die Geschichte der Volkswirtschaft vermag kein Datum anzugeben, an dem die Nationalwirtschaft durch die Weltwirtschaft verdrängt wird. Alle der Nationalwirtschaft haben sich bis in das hochkapitalistische Zeitalter hinein geretet oder sind während des Krieges wieder lebendig geworden. Keine standesamtliche Urkunde verzeichnet die Geburtsstunde des Kapitals, und ich glaube, keine wird auch seine Sterbestunde verzeichnen, denn die aufeinanderfolgenden Wirtschaftsordnungen folgen einander nicht in genauer zeitlicher Begrenzung, sondern sie überdecken sich reihweise gegenseitig. Kann es diesmal anders sein? Schon vor dem Kriege hatten wir über die Frage lebhafte Auseinandersetzungen. Die eine Richtung glaubte, das Proletariat würde nach der Erringung der politischen Macht das Ganze der sozialistischen Wirtschaftsordnung mit einem Male nach dem neuen regulativen Prinzip des Sozialismus umordnen können, gleichsam wie man mit einem Ruck das Schalwerk, die ganze Gangart eines Mechanismus umstellt. Die andere war dagegen der Ueberzeugung, daß der Weg zur Vollverwirklichung des Sozialismus nur durch organische Entwicklung und empirisches Vorwärtstreiten gefunden werden könne. Ich weise in diesem Zusammenhang auf die von mir schon in Würzburg erwähnte Kennerische Theorie von der Durchstaatlichung der Wirtschaft oder auch auf das Buch des Genossen Edmund Fischer „Das sozialistische Werden" hin, in dem gezeigt wird, wie sich auf dem Boden des Kapitalismus die sozialistische Zukunft in hundertfältiger Form zu entwickeln beginnt in Arbeitsschutz und Sozialversicherung, in Vertrustungen, Kommunalisierung, im Aufblühen des Genossenschaftswesens usw. Aus diesen scheinbaren Zufälligkeiten, über denen doch auch eine große gemeinsame Notwendigkeit waltet, soll sich nach Fischer und anderer Meinung unter der bewußten Führung der sozialistischen Wissenschaft ein harmonisches Ganzes gestalten, das die Verkörperung des Sozialismus darstellt. Ich meine nun, selbst eine reinsozialistische Regierung,

wie wir sie im Reiche noch nicht besitzen, muß durch die schwere Verantwortung, die sie trägt, auf den Weg eines **ruhigen empirischen Vorwärtsschreitens** gedrängt werden, und sie wird immer trübe Erfahrungen machen, wenn sie glaubt, die wirtschaftlichen Dinge durch eigensinnige Gewalt weiterzu können. Sie wird wie mit zu großen Mitteln experimentieren dürfen, denn ein Fehlschlag würde für uns das Vertrauen der Massen bringen und ihr damit die Grundlagen ihres weiteren Wirkens entziehen. Ich habe in diesem Sinne schon in Würzburg gesagt, in Vorahnung der ungeheuren Schwierigkeiten, die ich kommen sah und die nun eingetreten sind: Wir müßten in Zukunft jede Maßnahme darauf ansehen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, **ob sie praktisch** ist und wir möchten uns nur für solche Maßnahmen entscheiden, von denen wir mit ruhiger Zuversicht eine **Förderung des Volkes**, des arbeitenden Volkes, erwarten dürfen. Für eine solche Politik haben meine Gegner von links das Wort „Scheinsozialismus" geprägt. Nun, Parteigenossen, die Zukunft wird erweisen müssen, wo wirklich der Scheinsozialismus zu finden ist. Vielleicht ist er dort, wo es nur prinzipielle Schaugerichte gibt, die mit keinen wirtschaftlichen Vorteilen für die Arbeiterklasse, sondern sogar noch mit Schädigungen verbunden sind. Und wahrscheinlich wird sich der Sozialismus als der echte erweisen, der den Massen **greifbaren Nutzen** bietet, wenn er ihnen auch nicht alles auf einmal gibt, was mit dem Munde sehr leicht ist, mit der Hand aber sehr schwer. Jetzt ist noch alles in Gärung und Verwirrung. Hunderttausende, die der Tatsache vom Sozialismus noch gar nichts wußten, sind erst in die KPD-Schule eines primitiven Nihilismus eingetreten. Sie haben den Sozialismus wie einen neuen Glauben gewonnen, „Not lehrt beten", und hängen an ihm mit religiöser Leidenschaft. Das ist eine Entwicklung, die wir begrüßen dürfen, ist Saat für die Zukunft. Aber der alte Stamm der Arbeiterklasse darf sich die Führung nicht entwinden lassen von Elementen, die von neuen Licht noch geblendet sind und in unklarem Drange ihre Bahn verwärtstürmen. Daß unter diesen Elementen auch viele recht unsympathische Erscheinungen sind, die uns Alte in heftigster Weise beschimpfen und verdächtigen, sei nebenher bemerkt. Es hat sich da geradezu ein besonderer Typus bemerkbar gemacht, den Kautsky im vortrefflicher Weise gekennzeichnet hat. Er schreibt u. a. gegen einen Mitarbeiter Dämmigs namens Wilke: „Es ist einfach ein Skandal, daß ein derartiger Analphabetismus sich unter Dämmigs Führung in der Zeitschrift für die vorwärtsstrebenden Kopf- und Handarbeiter überhaupt blähen darf. Man könnte Wilke ruhig lassen lassen, wenn er eine vereinzelte Erscheinung darstellte. Aber er ist ein Typus, und zwar einer, der jetzt großgezogen wird. Ehedem waren Marx und Engels froh, auf den theoretischen Sinn des deutschen Proletariats, auf seinen Durst nach Wissen, auf seinen Respekt vor wissenschaftlicher Einsicht. Heute dagegen wird den Massen die Selbstsicherheit der Unwissenheit gepredigt, die Ueberlegenheit ihrer dunklen Instinkte über klare wissenschaftliche Erkenntnis. Und gerade die Richtung, die Dämmig vertritt, ist am meisten in diesem Sinne tätig." Würden wir uns von diesem Alleswissenwollen einfach übermenen lassen, so wäre alle geistige Vorarbeit eines halben Jahrhunderts für nichts gewesen, und die Bewegung würde mit ihrem Ideal gegrunzen, in einem Chaos, in der **grauenhaftesten Enttäuschung** zu enden. Wenn wir die sozialistische Bewegung vor einem solchen Schicksal bewahren, so werden wir später einmal dafür den Dank und die Anerkennung vieler ernten, die uns heute noch als „Verräter am Sozialismus" verfluchen.

Ich fasse zusammen: Die sozialdemokratische Partei muß die Demokratie festhalten und nach allen Seiten verteidigen. Sie muß die praktische Interessenvertretung aller geistig und körperlich Arbeitenden sein. Sie muß als eine solche Interessenvertretung eine sozialistische Partei sein, die den Sozialismus nicht gewaltsam von außen in die Wirtschaftsordnung hineinzupressen sucht, sondern ihn von innen heraus mit methodischer Empirie entwickelt, nicht aus prinzipieller Rechthaberei, sondern aus Liebe zum arbeitenden Volk, zu seinem praktischen Nutzen, denn der Sozialismus ist nicht Zweck an sich, sondern er soll ein Mittel sein, der leidenden Menschheit zu helfen. In diesem Sinne müssen wir die Massen aufklären und im übrigen die Zeit arbeiten lassen, sie arbeitet für uns. Aber alle diese Aufgaben unserer inneren Politik können wir nur erfüllen, wenn in der äußeren die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Die ganze Welt, nicht nur das deutsche Volk schreit heute nach einem dauernden, gerechten Frieden und die ganze Welt ist sich darüber einig, daß er in dem Beschlusse des Viererrats nicht zu finden ist.

Sie werden begreifen, daß es mir nicht leicht ist, in diesem Augenblick, in dem die allerschwersten Weltentscheidungen über unseren Häuptern schweben, über diesen Gegenstand zu reden. Aber soviel kann und muß ich sagen, nichts in der Welt wird uns, als sozialdemokratische Partei daran hindern können, weiter für einen gerechten Frieden und Ordnung der internationalen Angelegenheiten zu arbeiten, so lange bis sie gewonnen ist. Es ist ein Irrtum, wenn man auf der anderen Seite glaubt, notwendige Entwicklungen durch ein paar Federstriche zur Erstarrung bringen zu können. So gewiß ein Stein zur Erde fällt durch die Macht der Schwerkraft, so gewiß wird sich das Lebensrecht des arbeitenden Volkes durchsetzen durch die Macht des Selbstbestimmungsrechtes.

Trotz der Gegenwart sehe ich zuversichtlich in die Zukunft. Unser Volk wird nicht untergehen und es wird, indem es für seine Selbsterhaltung sorgt, andere Völker nicht ärmer oder schwächer, sondern stärker und reicher machen. Es wird nicht alt der Lohnsklave fremder Kapitalisten, sondern als Gleicher unter Gleichen der Welt was zu erreichen und keine Macht der Welt hindern kann, dienen durch seine Arbeit. Das ist, was wir wollen und Wir haben Verhandlungen in Versailles gesucht, Mann gegen Mann und vor der Oeffentlichkeit des Völkerarevopags, nicht um zu handeln und zu feilschen, sondern um Verständigung und Versöhnung zu suchen. Wir waren und sind bereit, dafür jedes Opfer aus unserer Volkskraft herauszuholen, das wir bringen können, ohne sie selbst von Grund auf zu zerführen. Man hat geglaubt, uns mit Machtgeboten entgegentreten zu können, genau wie es unsere inneren Gegner, die deutschen Generalpolitiker Rußland gegenüber tun zu können glaubten, bis sie erfuhren, daß Macht etwas Vergängliches ist. Macht vergeht, Recht besteht! Das muß unserer Grundsatz sein.

In diesem Sinne möchte ich folgendes sagen: Wir haben unsere Friedensgebote gemacht, nicht weil wir uns als Schwache vor dem Starken fürchten, sondern weil wir uns zu der Erkenntnis durchgerungen hatten, daß nicht alle Forderungen der Gegner unberechtigt sind. Ich stehe nicht an, hier zu erklären: Hätten die Gegner keine Soldaten mehr auf den Beinen, und keine Kugel mehr in ihren Gewehrläufen stecken, dann hieße es für uns erst recht, das zerstörte Frankreich und Belgien wieder aufzubauen. Die Freiheit, die wir unseren nationalfremden Grenzbevölkerungen zugestanden haben, sich ihr Vaterland selbst zu wählen, könnten wir sie ihnen je nehmen? Wir rufen denen drüben zu: Wir sind bereit, mit Euch einen heiligen Vertrag zu schließen, einen Vertrag, den und nicht die Gewalt aufzwingt, sondern zu dem unser freier Wille uns führt. Dieser Vertrag soll Euch alle Rechte geben, die Ihr vor dem Gewissen der Welt für Euch beanspruchen könnt. Er soll jede Sicherheit eines dauernden Friedens bieten, er soll als erste aufrichtige Friedensvorschlag der Geschichte den letzten Krieg der Welt beschließen. Eure Waffengewalt kann nicht mehr Recht schaffen, sie kann nur noch Unrecht tun. Selber waffenlos und machtlos, auf nichts als unser Recht gestützt, stehen wir vor Euch und rufen Euch zu: Die Waffen nieder! Keinen Völkerfrieg, keinen Bürgerkrieg! Gleiches Recht den Völkern, gleiches Recht den Volksgenossen! Zurück zur friedlichen Arbeit, zur Arbeitsfreudigkeit, zum Voranschauen planmäßigen Wiederaufbaues. Es war ein Krieg aller gegen alle. Aber jetzt heißt es, nicht alle gegeneinander, sondern alle miteinander, alle füreinander. So wird der Frieden des Sozialismus, wird aus dem Chaos die neue Welt. Dieses ungeheure Ringen kann nicht damit enden, daß ein Militarismus dem anderen in den Nacken tritt, daß ein Kapitalismus dem anderen die Peitsche aus der Hand reißt, um sie selber zu schwingen, sondern nur damit, daß alle falsch erkannte Prinzipien durch richtige ersetzt werden, daß die Politik der Arbeiterklassen die Oberhand gewinnt über die Politik der bisher herrschenden Klassen, daß alte Machtverhältnisse umgestürzt werden und neue Rechtsverhältnisse an ihre Stelle treten. Das ist der Kampf, den wir deutschen Sozialdemokraten auch im Frieden mit friedlichen Mitteln fortzusetzen gedenken. Die Niederlage, mit der dieser Krieg endete, ist endgültig für die alten Gewalten und diese kann kein Gott zum Leben erwecken; sie kann nicht endgültig sein für die Geschichte eines Volkes, dessen Kräfte zur Erneuerung unzerstörbar sind. In diesem Sinne heißt es für uns: Wir sind geschlagen, jawohl, nun aber auf und vorwärts! Vorwärts zum Sieg! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Deutschenausweisung aus Barcelona.

R. **Basel**, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Havasmeldung aus Barcelona wurden 42 Deutsche wegen ihrer Einmischung in den letzten Streik ausgewiesen.

Absage der finnischen Regierung an Sowjetrußland.

Eigene Drahtmeldung.

St. **Helsingfors**, 11. Juni.

Von der finnisch-russischen Grenze werden neue Zwischenfälle gemeldet. In der Petersburger Gegend steigen dichte Rauchsäulen auf, die von Hunderten Gehöfte heraufgehen, welche die Bolschewisten im Interesse der Verkleidung Petersburgs angezündet haben. Die finnländischen Blätter veröffentlichen die Kundspruchnote Tschitscherins vom 20. Mai als Antwort auf die Note der finnischen Regierung. Tschitscherin behauptet, daß reguläre finnländische Truppen in Olonej eingefallen wären. Die finnische Regierung beschlägt Tagnetisch die Räterepublik aggressiver Absichten und mache sich zum Werkzeug des Verbandes mit seinen lügenhaften Behauptungen, Finnland bildete ein Glied im Angriffsplan des Verbandes. Es sei zu hoffen, daß Finnlands Arbeiter sich nicht zu blinden Werkzeugen der imperialistischen Politik des Verbandes mißbrauchen lassen, sondern den Kriegsmaßnahmen der finnischen Regierung ein schnelles Ende bereiten würden.

Der finnländische Außenminister hat eine Funkspruchnote erzeugen, worin er auf die Note Tschitscherins vom 20. Mai a. St. antwortet. Es heißt darin: Die Note der Bolschewisten sei wie gewöhnlich lügenhaft. Die von den bolschewistischen Horden verübten bestialischen Grausamkeiten hätten die finnländische Zugend veranlaßt, ihr Leben für die Befreiung der finnischen Völker in Rußland zu wagen. Von regulären finnländischen Truppen sei nicht ein Schuß gegen die Truppen der Räteregierung abgefeuert worden, ohne daß ein Angriff vorausgegangen wäre. Die finnländische Regierung streitet der Räteregierung das Recht ab, im Namen der russischen Arbeiter und Bauern zu sprechen. Diese Regierung hätte die Nationalversammlung mit Waffengewalt aufgelöst, ihre Mitbürger lediglich auf Grund ihrer politischen Ansichten verhaftet und hingemordet und sei deshalb nicht wert, im Namen einer wahren Demokratie zu sprechen. Die Räteregierung repräsentiere den verachtenswürdigsten Despotismus.

Ueberdrüssig mit einer Regierung zu unterhandeln, deren Grundsatz es zu sein scheine, das gegebene Wort zu brechen, benachrichtigt die finnische Regierung die Räteregierung, daß die Geduld der Finnländer ein Ende habe und daß die finnische Regierung sich für berechtigt halte, ohne vorherige Ankündigung alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig erscheinen können, um die russische Regierung zur Vernunft zu bringen.

* * *

St. **Helsingfors**, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die amerikanische und französische Militärmission reisen von Reval nach Wenden ab, um, wie es heißt, in dem Konflikt zwischen den Esten und dem baltischen Landsturm zu vermitteln. Ebenderthin begibt sich der englische Vertreter von Libau.

Erneuerung der tschecho-slowakischen Offensive.

Prag, 11. Juni. (Amtlich.) Die Magyaren griffen neuerdings heftig auf der ganzen Front an. Unsere Abteilungen erneuerten deshalb an verschiedenen Punkten die Offensive. Die Angriffsunternehmungen bei der Heeresgruppe des Generals Mittelhauser schreiten günstig fort. Schemnitz wurde besetzt. Die Magyaren erlitten erhebliche Verluste. Oestlich wurde Neutra erreicht und gegen Lewenez vorgedrungen. Weiter südlich schreitet der Angriff fort. Die Abteilungen der Heeresgruppe des Generals Henroque verteidigen jeden Fußbreit Boden. Die Angriffe westlich von Eperjes zwischen der Theiß und Rosenau sind besonders stark.

*

Prag, 11. Juni. (Amtlich.) Im ganzen Bereich der tschecho-slowakischen Republik ist das Standrecht über alle der Militärgerichtsbarkeit unterliegenden Personen verhängt worden.

Furcht in Wien vor der Ausrufung der Räterepublik.

P. **Wien**, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Heute fand in Wien Gerüchte verbreitet, daß Oesterreich unmittelbar vor der Ausrufung der Räterepublik stünde. Diese Nachricht ist schon wiederholt aufgetaucht, ohne daß sie sich bewahrheitet hätte. Diesmal dürfte sie darauf zurückzuführen sein, daß in der am letzten Donnerstag von den kommunistischen Mitgliedern der Volkswehr einberufenen Versammlung erklärt wurde, daß die Regierung bis zum 15. d. M. die Forderung der Kommunisten bezüglich der Entwaffnung der weißen Garde, das sind die Freiwilligentruppen an der Grenze Ungarns, und die Forderung nach Ablehnung des Entente-Ultimatums, die Volkswehr zu vermindern, erfüllt haben müßte, widrigenfalls die Kommunisten zur Gewaltanwendung schreiten würden. Das Publikum ist über diese Gerüchte sehr beunruhigt. In den maßgebenden Regierungsstellen glaubt man, Herr der Lage zu sein, da man überzeugt ist, der Mehrheit der Volkswehr sicher sein zu können.

Die Streiklage in Frankreich.

Eigene Drahtmeldung.

S. **Haag**, 12. Juni.

Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus Paris: Obwohl das Komitee der Arbeitsföderation, das gestern zusammentrat, noch nicht den allgemeinen Streik beschlossen hat, wie man befürchtete, bleibt der Zustand doch ernst. Die Kartelle, die sich zusammensetzen aus den Minenarbeitern, den Seeleuten, den Hafen- und Dockarbeitern, den Verkehrsarbeitern, den Metallarbeitern und den Bauarbeitern, haben beschlossen, der Haltung der Minenarbeiter zu folgen und sie, wenn diese auf ihrem Beschluß bestehen bleiben, am 16. Juni den allgemeinen Streik zu erklären, durch Solidaritätsstreiks zu unterstützen. Es scheint die Absicht zu sein, nicht vollkommen die Arbeit niederzulegen, sondern die Zufuhr von Steinkohlen zu verhindern, was gleichbedeutend mit einer völligen Lahmlegung aller Industriebetriebe ist. Alles hängt jetzt von den Besprechungen ab, die augenblicklich mit den Arbeitervertretern gehalten werden, sowie von dem Beschluß der Kammer ab, die heute die Debatte über den Achtstundentag fortsetzt.

Die Confédération générale du travail hat beschlossen, am Sonnabend eine Zusammenkunft mit englischen, italienischen und belgischen Delegierten abzuhalten, um zu diesem Beschluß wegen eines eventuellen allgemeinen europäischen Streiks zu kommen. In der durch das Kartell angenommenen Entschließung findet man wirtschaftliche und politische Forderungen durcheinandergemischt, so wird neben rein materiellen Forderungen der Minen- und Metallarbeiter von der fortdauernden Verzögerung des Friedensschlusses, der zunehmenden Preissteigerung, der drohenden Einführung weiterer indirekter Steuern, der endlichen Demobilisation gesprochen. Die Wiederaufnahme der Arbeit durch einzelne Arbeiter der Werkehrsmittel hat bei den Streikenden große Wut erregt; diese haben gestern zwei Trambahnwagen verbrannt. Im übrigen ist der Zustand unverändert.

Die Revolte in Toulouse.

Bern, 11. Juni. Ueber die bereits bekannte Meuterei des französischen Infanterie-Regiments in Toulouse erfährt das „Berner Tagblatt" von durchaus zuverlässiger Seite, daß es sich um das in Toulouse stehende Infanterie-Regiment Nr. 283 gehandelt hat, das mit roten Fahnen die Straßen durchzog unter den Rufen „Nieder mit Clemenceau! Nieder mit dem Krieg!" und sich weigerte, weiter Kriegsdienste zu tun. Ein anderes Infanterie-Regiment, dem vom Armeekommando die Einwaffnung der Meuterer anbefohlen wurde, weigerte sich, dem Befehl nachzukommen, so daß zur Unterdrückung der Revolte die Reitenden Jäger von Montauban herbeigerufen werden mußten.

Der Achtstundentag in französischen Bergwerken.

Versailles, 11. Juni. Die Abendblätter melden, daß die Kammer das Gesetz über die Einführung des Achtstundentages in den Bergwerken vom 16. Juni an in zweiter Lesung einstimmig angenommen hat. In eingehender Weise sprach Sé Loucheur über die Folgen des Gesetzes auf Frankreichs Lage sei, was die Kohlen anlange, geradezu traurig sch. Im Jahre 1918 betrug die Kohlenförderung noch 3 660 000 t, im März 1919 sei sie auf 1 850 000 t gefallen. Er berechne die sächsische Arbeitsleistung nach der neuen Vorlage auf 6½ bis 7 Stunden. Aber unter dem Druck der Verhältnisse müsse sich die Regierung mit der Vorlage einverstanden erklären.

Wie „Intransigeant" berichtet, richten sich die Gewerkschaftsorganisationen auf einen längeren Streik ein. So haben die Metallarbeiter gemeinschaftliche Wahlzetten für die Streikenden organisiert. Der Verband der Eisenbahner hat sich dem Kartell der Arbeitergewerkschaften angeschlossen.

Französische und englische Arbeiterführer bei Solf.

Nach einer Basler Meldung hat der frühere Staatssekretär Solf in Freiburg in der Schweiz den Besuch Longuets und Mac Donalds empfangen.

In Südtirol.

Von unserem Korrespondenten.

Innsbruck, Anfang Juni.

Hoch oben auf dem Brenner, just dort beim Hofe zur Post, darin in besseren Zeiten, die Sehnsucht nach dem Süden kaum mehr gezügelt im Herzen, Goethe übernachtete, auf „Brennerhöhe", oberhalb dem „italienischen" Gossensaß, darin Henrik Ibsen seinen letzten Traum mit einer Wienerin träumte, beginnt vorläufig das Reich des Hauses Savoyen. Innsbruck liegt schon nicht hinter und nicht an der Demarkationslinie. Aber die Italiener sitzen auch in Innsbruck. Ob Innsbruck eine rein italienische Stadt ist oder nicht, scheinen die Italiener noch nicht festgestellt zu haben.

Wenig Reisende kommen nach Südtirol über den Brenner hinunter, noch weniger über den Brenner herauf. Die Karabinieri in Gries, wo die unsäglichen Gepäckrevisionen erfolgt, haben nicht viel zu tun. Es ist still seit Monaten in Südtirol. Ein Blütenland im Glashaus, unterm Glasturz. Nichts dringt von außen herein, nur dunkles Ahnen streift die Fragen des Zukunftschicksals. Man wartete auf Saint Germain: dumpf und stumpf . . . In der italienischen Stadt Bozen, wo Walter von der Vogelweide zu Hause war. In der italienischen Stadt Meran, durch die Andreas Hofer zog, wenn er vom Passeier hereinkam. Man wartet in allen Alpentälern . . . . .

Wer ehrlich ist, muß zugeben, daß man nirgends im besetzten Gebiet der Haltung der Italiener Böses nachsagen kann. Sie gehen mild mit der Bevölkerung um. — Für Verfügungen ihrer Regierung ist die Besatzungstruppe nicht verantwortlich zu machen. Dennoch ist in keinem Tal, in keiner Stadt auch nur eine Spur von Sympathien für eine neue, italienische Staatsugehörigkeit zu entdecken; die Deutschen wollen deutsch bleiben, sie ermügen gar keine andere Möglichkeit, — die Nicht-Deutschen in Südtirol möchten jedenfalls alles andere als — italienisch werden. Die Steuern ängstigen sie. Steuern gibt es nicht für Streichhölzer und Zigaretten allein, Steuern gibt es für jedes Huhn, für jede Kuh, für die Besitzer eines Ueberrockes und eines Spazierstockes, Steuer kostet jede Fensterscheibe, die nach der Straße zu geht. Italien wird also nicht das Land der Seligkeiten sein. Jedenfalls gab es im alten Oesterreich steuerfreie Fensterscheiben und Spazierstöcke. Auch gab es mehr Arbeitsmöglichkeiten, deren es jetzt in ganz Südtirol gar keine gibt. Die Bauernburschen wollen, wenn sie die Felder bestellen, auf Arbeitssuche nach Oesterreich gehen, oder in die Schweiz. Die Ausreiseerlaubnis wird ihnen nicht erteilt. Arbeitslosenunterstützung kennt die italienische Regierung nicht. Dabei sind die Lebensmittelpreise im ganzen besetzten Gebiet unerschwinglich. Wunderbar ist es nicht, daß die Stimmung überall in Südtirol — auch wenn es sich nicht um die deutsche Bevölkerung, sondern etwa um die Ladiner handelt, wie im Fleimstal — nicht gerade für Italien begeistert ist.

Die Bevölkerung des besetzten Gebietes, der die italienische Regierung das alte österreichische Geld zunächst derart eintauschte, daß sie die Kronenwährung mit sechzigprozentigem Verlust gegen italienische Lire einlöste, die Bevölkerung, die zum großen Teil nichts verdienen, also auch nichts kaufen kann, ist nicht üppig daran mit der Versorgung. Aber auch die Besatzungstruppen führen kein sybaritisches Dasein. Sie verpflegen sich in der Hauptsache mit Reis, den sie täglich erhalten. Fleisch ist selten, die Truppen sehen es weit weniger oft als selbst im Kriege, nämlich einmal im Monat. Einzelne Gliederregimenter werden mehr vorwiegen, die Verlagliert, die Alpini. Die Infanterie hat durchwegs bessere Tage hinter sich. Sie tröstet sich mit der Aussicht, nunmehr doch bald nach Hause zu kommen. Einzelne Gruppen wurden in der Tat schon rückwärts dirigiert — dann freilich noch vor der ehemaligen italienischen Grenze wieder angehalten und abermals zurückgeschickt. Ganz zuverlässlich scheinen die Italiener in bezug auf die Südtiroler Stimmung nicht zu sein. Reisende aus Prodazzo, aus Cavalese erzählen, daß gerade das Fleimstal — hauptsächlich ladinische Bevölkerung — schlecht angeschrieben sei bei den neuen Herren. Ganze fünftausend Menschen wohnen im Fleimstal. Als die Gebietsumschreibung bekannt wurde, brachten sie immerhin vierzehntausend Kronen auf. Sie empfingen dafür noch keine anderthalb Millionen Lire. Darüber kann man nicht unbedingt entzückt sein. Man fühlt sich keineswegs „erlöst". Man wäre lieber „unerlöst" geblieben.

Die Stadt Bozen zeigen alle das lebendige und bewegungsreiche italienische Gepräge. Trient ist überfüllt von Menschen. Sie versuchen oft genug vergeblich, ein Unterkommen zu finden und haben sich daran gewöhnt, für das elendeste Loch von Zimmer dreißig Kronen für die Nacht zu bezahlen. Meran schläft. Von Kurbetrieb war und ist natürlich keine Rede. Ein paar ehemalige österreichische Generale sind dort zurückgeblieben. Sie tragen — unbeweglich von den Italienern, die ihnen sogar ihre Gage auszahlen, — ihre Zivilanzüge spazieren.

Bozen aber hat einen großen Zustrom italienischer Kaufleute bekommen, die bald nach dem Zusammenbruch einwanderten. Gerade mit Bozen geben sich die Italiener recht viel Mühe. Die Stadt Walters von der Vogelweide soll endlich ihre nicht vorhandene italienische Seele entdecken. Der Bahnhof ist nöthig italienisch geworden, groß und scheußlich sind die italienischen Aufschriftsteln, darunter gerade noch schlicht eine winzige deutsche Inschrift. Die neuen italienischen Kaufleute stammen zumeist aus Sizilien. Das Leben erleichtern sie durch die mitgebrachten Waren noch nicht erheblich. Sie handeln vornehmlich mit Südfrüchten, mit Zitronen und Oliven, mit Orangen. Indes waren die Bozener, waren die Meraner, waren die Menschen südwärts vom Brenner auf die Dinge, die von St. Germain her kommen oder als Antwort vielmehr beschlossen werden sollen. Trotz aller Zuvorkommenheit der neuen Herren, trotz aller Werbebemühungen läßt sich die Tatsache nicht umstoßen, daß sie alle eben keine Italiener, sondern Deutsche sind. —k.

Aus Not, Tod und Beschwerde.

Von

Will Vesper.

Aus Not Tod und Beschwerde
Steigt auf ein ewiger Lobgesang,
Der noch durch alle Schmerzen dringt:
O sieh, wie blüht die Erde!

Von Leid ist sie umfangen,
Von bittren Tränen ist sie schwer.
Du findest keine Straße mehr,
Wo nicht der Tod gegangen.

Doch auf dem dunklen Grunde
Steht hell der Liebe Blut.
Das stetige Leben bricht
Aus schmerzgewöhntem Munde.

Ernst Siffouer las im Frankfurter Museum vor zahlreicher Zuhörerschaft Gedichte aus seinem soeben bei Diederichs in Jena erschienenen neuen Buche „Im ewigen Pfingsten", starke hymnische Gesänge von großer Wucht, Blicke über diesterste Entwicklungen des Geistes, Psalmen voll breiter gewaltiger Wucht, alles in Pfiffuers Art ernst und bewußt gepreßt und zu starker echter Wirkung zusammengefaßt. Gemeistete Werke, in festes Metall getrieben Bilder prägten sich ein. Wo Siffouer ins rein Dichte oder ins Gedanklich-Abstrakte hinüberstreift, wo in den Psalmen Gedanken „Gestalt" sich ist er sich von seinem Wesentlichen zu entfernen, kommt ins Verschwommene und rein Rhetorische, doch bleibt er auch da in Willen und Leitung immer bedeutungsvoll und achtenswert. V.

Die Pläne des Schauspielhauses am Gendarmenmarkt. Die Leitung des Schauspielhauses verendet den Spielplan für die nächste Spielzeit. Ein Komödienabend, der im Herbst werden in den Spielplan aufgenommen werden soll, erfolgt noch Mitte dieses Monats seine Erstaufführung, es bringt „Die Hölle des Gestirns" von Max Brod, die Komödie „Hilfe" von Leonhard Schrickel (Uraufführung) und die Burleske von Artur Schnitzler „Zum großen Wurstel". Für die kommende Spielzeit, die am 1. September beginnt, wurden erworben: „Die Gabe Gottes", tonische Tragödie von Moritz Goldstein, „Wunderbare Auferstehung", Drama von Ulrich Steindorff, „Der Bettler", Drama von Emil Lucka, „Brandl", Komödie von Gaben, Friedrich der Große", Drama von Hermann von Böttlicher, „Kaution Professorens Lyrer", Komödie von Max Dreyer (sämtlich Uraufführungen), „Altersis" von Prechtl, „Stroh", Komödie von Hans Jobst, „Prinz Louis Ferdinand", Drama von Fritz von Unruh. Ferner gelangen zur Aufführung das in diesem Jahre wegen Veränderungen im Personal zurückgestellte Schauspiel „Adrian Brouwers Hochzeit" von Eduard Stucken, das Drama „Korallenkettlein" von Dülberg und von Moritz Heimann „Joachim von Brandt". An klassischen Neuinszenierungen werden vorbereitet von Shakespeare: „Macbeth", „Timon von Athen" in der Uebertragung von Hans Oldem und „Der Sturm" in der Einrichtung und mit der Musik von Felix Weingartner. Von Grabbe wird „Hannibal", von Hölderlin „Tod des Empedokles" (bearbeitet von Wilhelm von Scholz) einfliedert. Ferner werden auch eine Reihe von älteren Werken, die bisher im Schauspielhaus nicht gegeben wurden, erworben u. a. Dramen von Gerhart Hauptmann, Wedekind und Strindberg. — Die Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen werden weiter ausgebaut. — In den Verband des Schauspielhauses kommt neu ein: Albert Bassermann und Frau, Arthur Ehrens, Jacob Tiedtke, Charlotte Mundt, Victoria Boerkmeister. Außerdem wurde eine Anzahl junger Kräfte verpflichtet, u. a. Friedrich Curtius, die Herren Eberhard und Kaiser. Auch der jüngere Teil der Aufführungen wird eine Umwandlung erfahren: neben der Firma von Professor Kautsky werden für eine Reihe der wichtigsten Werke neue angeboten und die Chorsätze werden künftiglich Kräfte zur Gestaltung der Bühnenbilder heranzugezogen werden.

Rückkehr der Stöpnerschen Tibetexpedition. Die Mitglieder der Stöpnerschen Tibet-Expedition, der Ornithologe Dr. Hugo Weigold, früher an der biologischen Anstalt auf Helgoland, Abteilung Vogelwarte, und der Topograph Dr. Otto Zivaci, Assistent an der Technischen Hochschule zu Dresden, sind nach sechsmöchiger Reise aus Colma am 29. Mai in ihrer Heimat Dresden eingetroffen. Der Führer der Expedition, der durch seine mehrjährigen Reisen durch Zentralasien bekannte Forscher Walther Stöpner, der nach Abbruch der Expedition infolge des Kriegsausbruches, Kommandeur der deutschen Gesandtschaftswache in Peking war, ist bereits 1917 mit dem Gesandtschaftspersonal über Japan und Amerika nach Deutschland zurückgekehrt. Ende November 1918 hatte die Stöpnersche Expedition die Ausreise angetreten. Als Reisende der Expeditionsmitglieder, sich zur deutschen Garnison in Ningtau durchzuschlagen, vergeblich war, vollenzte die Reise Angabe in getrennten Gruppen in West-Setschuan und Yünnan. Dr. Weigold versuchen unmittelbar nach seiner Ankunft in Dresden folgendes: Die Expedition bereitet trotz der großen durch den Weltkrieg bedingten Schwierigkeiten einen vollen Erfolg, der hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß unsere Expedition die wissenschaftlich am besten ausgerüstete gewesen ist, die jemals in jene Gebiete unternommen wurde. Fürs erste nur einige Zahlen, an denen sich auch die übrige Ausbeute der Forschungsreise ermessen läßt. Ich habe etwa 5000 Vögel und Hunderte von Säugetieren, darunter die größten und seltensten Innerasiens gesammelt. Der Entomologe Funke hat ein Insektenmaterial von noch nicht erreichtem Umfange zusammengetragen, von denen viele neue Ergebnisse zu erwarten sind. Aber nicht nur in unseren großen Sammlungen, die erreichte Weise an einem der Entente unerreichbaren Ort in Sicherheit gebracht sind, besteht der Wert der Expedition, sondern auch darin, daß außerordentlich reiches Beobachtungsmaterial in topographischer und biologischer Hinsicht zusammengebracht worden ist. Da gleichzeitig mit uns der bekannte österreichische Botaniker Freiherr von Handel-Mazzetti im südlichen Nachbargebiet von Tibet und Setschuan, in Yünnan forschte, so werden unsere vereinigten Ergebnisse die Wissenschaft um eine Fülle jetzt bedeutenden Materials bereichern, das alles übertroffen wird, was bisher von den Forschern anderer Nationen in jenen Gebieten zutage gefördert worden ist. Die noch in diesem Jahre zu erscheinende Bekanntgabe unserer Forschungen wird es beweisen.

Sommersemester der bayerischen Hochschulen. Nach Anordnung des Kultusministers beginnt das Sommersemester 1919 an den bayerischen Hochschulen nunmehr endgültig am 16. Juni und dauert bis Ende August. Für die Technische Hochschule München bleibt eine andere Festsetzung des Semesterschlusses noch vorbehalten.

Die Grenzen des Möglichen.

Von

Hans Goslar.

In wenigen Tagen wird in Versailles die Entscheidung fallen. Es wird sich zeigen, welches Ergebnis sich aus den wochenlangen Beratungen über eine Revision des Friedensvertragsentwurfes herauskristallisiert hat, und es wird sich weiter erweisen, ob die deutsche Regierung vor Tatsachen gestellt wird, die ihr als Sachwalterin des deutschen Volkes die Möglichkeit lassen, durch ihre Unterschrift die Verpflichtung zur Erfüllung der aufgestellten Bedingungen einzugehen. Es mag denen, die die aufgeregten und vielfach unverschämten Pressestimmen verfolgt haben, die auch in diesen Tagen noch immer wieder, besonders aus Frankreich, zu uns herüberschallen, ausschließlich erscheinen, noch einmal einen Appell an die Einsicht und die Vernunft der Männer zu versuchen, die gegenwärtig die letzte Redaktion des neuen Vertragsentwurfes beenden. Und doch darf nichts unterlassen werden, was geschehen kann, um der Entente, der ganzen Welt, zum Bewußtsein zu bringen, wie unsinnig und gefährlich es wäre, das deutsche Volk durch Forderungen, die nur ein zum Selbstmord entschlossenes Volk bewilligen könnte, zu Verzweiflungstaten zu treiben. Es muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es nicht höher Wille oder die Absicht ist, sich den uns nun einmal aus dem unglücklichen Abschluß des Krieges erwachsenden Verpflichtungen zu entziehen, wenn wir erklären, die Bedingungen des ersten Vertragsentwurfs nicht annehmen zu können. Sondern, daß es der einzige Ausweg für ein Volk ist, das seine politische Existenz nicht auf Lug und Trug bauen will, ehrlich und offen zu erklären, daß das, was man von ihm verlangt, einfach nicht erfüllt werden kann.

Der Vertragsentwurf der Entente krankt an dem großen grundsätzlichen Fehler, daß er seinen Programmsätzen lediglich die Wünsche und Bedürfnisse der uns feindlichen Staaten zugrunde legt, nicht aber die Leistungsfähigkeit Deutschlands. Das taktische Ziel eines Vertrages, der nicht nur abgeschlossen, sondern auch realisiert werden soll, muß aber doch stets eine Synthese zwischen den Forderungen des stärkeren und den Leistungsvermögen des schwächeren Teils sein. Man kann wohl mit außerordentlich radikalen Programmforderungen den starken Mann spielen und den Popularitätsbedürfnissen im eigenen Lande, solange dort noch eine mehr oder minder unklare Siegesstimmung herrscht, genugtun. Das aber sind sentimentale Gesichtspunkte, denen die großen weltpolitischen der künftigen Ruhe und Sicherheit Europas und der Welt, sowie die wirtschaftlichen und finanziellen der Vorteile von regelmäßigen sicheren Leistungen des Gegners zur Heilung der Kriegsschäden entgegengestellen sind. Es soll keineswegs verkannt werden, daß Frankreich, von dem aus die Hauptwiderstände gegen eine Milderung der Friedensbedingungen für Deutschland auszugehen scheinen, wirtschaftlich und finanziell durch den Krieg sehr schwer gelitten hat, und daß sein Streben, aus Furcht vor einem Stimmungsumschlag seiner Bevölkerung bei Inkrafttreten der Steuerlasten zur Abbürdung der Staatsschuld, seine finanziellen Lasten so weit wie möglich auf Deutschland abzuwälzen, psychologisch verständlich ist. Aber gerade, weil wir Frankreichs Lage würdigen, müssten wir es für einen schweren Fehler ansehen, wenn es sich nun, lediglich um seinen Bürgern vorläufig nur halbe Wahrheiten zu sagen, darauf verstehen würde, von Deutschland übermäßige Leistungen zu erpressen. Lasten, die, selbst wenn sich eine Regierung finden sollte, die sie übernähme, doch nie getragen werden könnten. Das Ziel einer vernünftigen und einsichtigen französischen Finanz- und Weltpolitik kann jetzt nur dahin gehen, einmal die von Deutschland angebotenen Leistungen anzunehmen, die Frankreich der finanziellen Sorge um den Wiederaufbau der besetzten Gebiete und die Wiedereinstandsetzung der dort zerstörten industriellen Anlagen entheben, und sodann im Rahmen der gesamten Entente den ihm seinen Leistungen und Opfern nach zustehenden Anteil an der Gesamtentschädigung anzufordern, die Deutschland in seinen Gegenvorschlägen zu Jahresraten zu entrichten angeboten hat. Damit wäre Frankreich von einem Teil der allerdrinnendsten Gegenwartsnöten finanziell entlastet und könnte außerdem die deutsche Entschädigungssumme mit Sicherheit in sein Jahresbudget einstellen. Gleichzeitig bliebe ihm die Möglichkeit, seine Handelsbeziehungen mit Deutschland, die ja keineswegs gering waren, wieder aufzunehmen und Produkte, für die gerade der deutsche Markt am regelmäßiger und hochgeschätzter Abnehmer war, Markt ein regelmäßiger und hochgeschätzter Abnehmer war, Mark ein regelmäßiger und hochgeschätzter Abnehmer war, Maßnahme des Fortschreitens des Wiederaufbaues, gesundungsprozesses Deutschlands abzusehen. Ähnlich steht es mit den übrigen Ententestaaten. Für sie würde eine Einigung mit Deutschland auf der synthetischen Grundlage der deutschen Gegenvorschläge einerseits eine fühlbare und auch finanziell nicht hoch genug einzuschätzende Entspannung der politischen Atmosphäre Europas bedeuten, und ihnen ferner den wirtschaftlichen Vorteil bringen, sicher und exakt das im Friedensvertrage Erreichte abschätzen und mit ihm als regelmäßiger Leistung des Gegners rechnen zu können.

Ganz anders stellt sich die Perspektive dar, wenn ohne Rücksicht auf das Leistungsvermögen Deutschlands mit unwesentlichen Abänderungen an den Forderungen des ersten Vertragsentwurfes festgehalten wird. Es ist hier zur Genüge betont worden, daß so ziemlich jeder einzelne Paragraph dieses Vertrages einen Keulenschlag für das deutsche Wirtschaftsleben bedeutet, daß nicht nur der Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft die unausbleibliche Folge jedes Versuchs der Erfüllung dieser brutalen Postulate sein müsse, sondern daß auch die seltsame Unlogik, die bei der Abfassung des Entwurfs gewaltet hat, es mit sich bringt, daß sehr häufig ein Paragraph die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Erfüllung der Forderungen aufhebt, die ein vorangegangener Paragraph aufgestellt hat. In der Tat ist es ein Unding, wenn man die beiden Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft, die weiter verarbeitende Industrie und die Landwirtschaft, durch starke Verringerung der Kohlen- und Erzbasis, durch Abtrennung der landwirtschaftlichen Hauptproduktions- und Ueberschußgebiete, stark erschüttert, wenn man dadurch unsere Produktionskraft zerschlägt, ernsten Zeit unserer Bevölkerung weiter stark vermindert, die Ernährung der Gesamtbevölkerung weiter stark verkümmert, uns handelspolitisch in Fesseln schlägt und uns damit die letzten Möglichkeiten des Weltbewerbes auf dem Weltmarkte nimmt, wenn man und unsere wirtschaftlichen Stützpunkte und Befähigungen im Allgemeinen ausschaltet und unserer Handelsflotte brachliegen und uns dann schließlich doch noch so hohe finanzielle Forderungen aufzwingt, daß zum mindesten der inländische Staatsbankerott heraufbeschworen und damit auch noch die Grundlagen sowohl unserer Kreditwirtschaft als auch unserer Sozialpolitik zertrümmert werden. Und es paßt in dieses Gebäude Wirr, wenn man dann diesen in Stücke geschlagenen, verkleinerten, industriell schemenhaften und landwirtschaftlich arg geschwächten Staat, dessen Bevölkerung aus der Hölle eines irdischen Sklavendaseins mit aller Macht zur Auswanderung oder zur politischen Revanche drängen muß, auch noch mit all den Schulden belasten will, die auf den Anteil der Landesteile kämen, die Frankreich abtrennt und die man dem unersättlichen polnischen Drängen geopfert hat. Es kann nicht offen und deutlich genug immer wieder und gerade jetzt in der entscheidenden letzten Stunde nach Versailles hinübergerufen werden: Man kann nicht auf Generationen hinaus ein Volk in finanzielle und wirtschaftliche Fesseln schlagen, ohne auch die zermürbtesten und gleichgültigsten Massen unter ihm zur Raserei zu treiben. Es braucht gar nicht großer wirtschaftspolitischer Erwägungen, um auf diesen Standpunkt zu gelangen, sondern die einfachste psychologische Ueberlegung sollte den führenden Männern der Entente sagen, daß ein solcher Friede nicht länger dauern kann, als die Zeitspanne währt, die ein Volk zum Atemholen gebraucht.

Der Wunsch Europas nach einem nicht nur auf eine kurze Pause, sondern auf eine lange Zeitspanne berechneten Völkerfrieden ist aber so stark und sehnsüchtig, daß er sich, wenn die Männer, in deren Händen heute noch das Geschick Europas liegt, sich über diese nicht zurückzudämmende Strömung hinwegsetzen wollen, gegen sie und über ihre Köpfe hinweg doch schließlich einmal Geltung verschaffen muß und wird. Ist es unter diesen Umständen, die ja nicht nur in unserer Phantasie existieren, sondern für deren Vorhandensein sich den Staatsmännern der Entente als Beweis dafür sie manches Menetekel mahnend entgegenstellt, nicht staatsmännischer und klüger, auf der Basis des Erreichbaren und Möglichen schon heute freiwillig diesen Frieden zu schließen? Hier steht das deutsche Volk. Es ist sich über den Ernst der Lage klar. Es will einen Frieden, der den furchtbaren Haß und die grenzenlose Erbitterung unter den Völkern mildert und abschleift. Es ist zu Opfern bereit, die dem Feinde auf Jahrzehnte einen großen Anteil an der Arbeit jedes einzelnen Deutschen einräumen, es beteiligt sich mit einer Kette, die seinen Wiederaufstieg unerhört verlangsamen und ihm die Arbeit auf dem Weltmarkte gewaltig erschweren muß. Darüber hinaus kann und wird es nichts gehen, das ein Volk, in dem noch ein Funke von Selbsterhaltungswille und Zukunftshoffnung lebt, zum Harikiri schreiten wird. Das Interesse Europas und der Kulturmenschheit, das ja schließlich auch das Interesse jedes einzelnen Ententestaates ist, verlangt gebieterisch, daß nicht über diese Grenze des Möglichen hinaus gegangen wird, daß die deutschen Vertreter nicht aus Versailles unverrichteter Dinge und mit der Gewißheit abreisen müssten, einem brutalen Vernichtungswillen gegenüber gestanden zu haben, der glaubt, Mitteleuropa dem Untergange opfern zu können, ohne zugleich auch das Grab der gesamten europäischen Kultur zu schaufeln.

Der Wille zum wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Unterredung des Reichspräsidenten mit einem italienischen Vertreter.

In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Giornale d'Italia" betonte Reichspräsident Ebert wiederum, daß Deutschland nur Friedensbedingungen annehmen könne, die ausführbar seien.

„Ich glaube," so sagte der Herr Reichspräsident u. a., „daß ich auch im Interesse Ihres Landes handele, wenn ich Ihnen offen sage: auch für Italien wird der zukünftige Friede nur verbürgt sein, wenn Deutschland seinen Namen unter einen Friedensvertrag setzt, von dessen Bestimmungen das deutsche Volk überzeugt sein wird, daß es diese Bestimmungen erfüllen kann, wenn auch mit härtester Arbeit. Wir wollen keinen Militärismus. Wir wollen nur eine Heeresmacht haben, die imstande ist, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten. Wir wollen und mit unserer ganzen Kraft dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft zuwenden. Wir werden genötigt sein, dieser Wirtschaft eine Produktivität zu geben, wie sie vielleicht niemals auf der Welt entwickelt worden ist, denn wir werden unter allen Umständen finanzielle Verpflichtungen in einer Höhe zu erfüllen haben, wie sie auch noch nie in der Welt gesehen worden sind. Drei Dinge brauchen wir notwendig zum Aufbau unserer Wirtschaft: Rohstoffe, Nahrungsmittel, Transportmittel. Wer uns in diesen drei vitalen Punkten angreift, schädigt unser Leben.

Wir hoffen, daß Italien Verständnis für diese Sprache haben wird. Deutschland hat niemals irgend einen Interessenkonflikt mit Italien gehabt. Wir können uns auch für die Zukunft nur denken, daß deutsche und italienische Interessen miteinander parallel gehen werden, wie einstmals unsere Einheitsbestrebungen und Ihr „Risorgimento" miteinander parallel gegangen sind. Beide Völker haben sich im Laufe des 19. Jahrhunderts aus der Zerrissenheit zur Einheit erhoben. Wollte man jemals Deutschlands Einheit antasten, so würde es sich des Beispiels Italiens erinnern, das Ihr Land durch die Aufrechterhaltung seiner Volkseinheit der Welt gibt."

Reich und Bundesstaaten.

Ein Reichskommissar für Oberschlesien und Posen.

Der Staatssekretär für Ober schlesien, Otto Hörsing, wurde von der Regierung zum Reichskommissar für Schlesien und Posen ernannt.

Die Einigung Braunschweig-Berlin.

f. **Braunschweig**, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen den Regierungen in Berlin und Braunschweig ist jetzt auch in der Frage des Landesarbeiterrates eine Einigung erzielt worden. Nach der von der braunschweigischen Regierung gegebenen Versicherung, daß der braunschweigische Landesarbeiterrat die Reichsgesetze achten werde, und daß nach dem Zustandekommen der Reichsverfassung die maßgebenden Bestimmungen der Reichsverfassung über die Zusammensetzung und die Befugnisse der Arbeiterräte auch in Braunschweig durchgeführt werden, wird Ministerpräsident Schwedemann dem Wiederzusammentritt des Landesarbeiterrates weitere Schwierigkeiten nicht bereiten.

Ablehnung des Braunschweiger Generalstreiks.

f. **Braunschweig**, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Entgegen dem Beschluß der Unabhängigen und Kommunisten wird es morgen in Braunschweig anläßlich der Beerdigung Rosa Luxemburgs nicht zu einem Generalstreik kommen. Die Betriebsausschüsse, Gewerkschaftsvorstände und Parteiorganisationen haben mit 7 Stimmen Mehrheit den neuen politischen Generalstreik abgelehnt. Von der maßgebenden Vertrauensmännerversammlung wurde eine beantragte Demonstrationsversammlung mit anschließendem Umzug ebenfalls abgelehnt. Dies bedeutet einen recht bemerkenswerten Stimmungsumschwung innerhalb der Braunschweiger Arbeiterschaft, als dem deutlich die beginnende Wandlung und Erkenntnis zur Vernunft hervorgeht.

Die Unterbringung der aktiven Unteroffiziere.

Der Unterbringung der aktiven Unteroffiziere wird von den leitenden Stellen größte Aufmerksamkeit gewidmet. Eine kürzlich ergangene Verfügung des Kriegsministeriums besagt, daß an Stelle von Schutzpersonen und Heereszahlkörpern des Berufsunteroffizierstandes bei Truppenteil

Südafrikanische Finanzwirtschaft im Kriege.

Der Bericht der Deutschen Ueberseeischen Bank.

Deutscher Geschäftsgeist hatte in Südamerika in Kriegszeiten einen schweren Stand. Der Außenhandel dieses Erdteils ist mehr und mehr in die Hand der Vereinigten Staaten gelangt, obwohl die meisten südamerikanischen Länder gerade diesem Staat mit berechtigtem politischen Mißtrauen gegenüberstanden. Zudem hat England unermüdlich daran gearbeitet, den deutschen Einfluß in Südamerika zu untergraben und deutsche Geschäftsmethoden nachzuahmen. Wir erinnern nur an die Gründung der British Trade Corporation zwecks Gewährung langfristiger Kredite an britische Ausführer und Fabrikanten, an die Gründung der London und Brazilian Bank, deren Aufgabe die Erleichterung des Handelsverkehrs mit den südamerikanischen Staaten ist, und insbesondere an die Errichtung der British Oversea Bank, die sogar die Firma unserer größten Ueberseebank kopiert bezw. ins Englische übertragen hat. — Der soeben erschienene Jahresbericht der Deutschen Ueberseeischen Bank, obwohl er sich erst mit dem Jahre 1917 befaßt, verdient nun besonderes Interesse dadurch, daß er, ungetrübt durch Entstellungskünste der Entente, die wirtschaftliche Lage und politische Gesinnung der südamerikanischen Republiken schildert und erkennen läßt, wie sehr, den Krieg überdauernde Verbindungen deutscher Geschäftsgeist in jenen Ländern geschaffen und wie nur ungern, unter dem unerhörten Druck der Alliierten, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen wurden; lediglich Brasilien trat „notgedrungen", wie die Bank hervorhebt, in den Kriegszustand. Chile und Argentinien verharrten in völliger Neutralität. In Brasilien konnten die deutschen Banken unter Staatsüberwachung ihre Geschäfte zunächst nur in beschränktem Maße fortsetzen, was für die Deutsche Ueberseeische Bank zur einstweiligen Schließung der Filiale Santos führte. Oktober 1918 wurde unter Konfiszierung eine sechsmonatige, inzwischen bis November 1919 verlängerte Liquidation festgesetzt, weshalb auch die Filiale Sao Paulo am 30. September 1918 geschlossen wurde. Es besteht sonach nur noch die Hauptniederlassung Rio de Janeiro. In Argentinien machten sich trotz der allgemeinen Besserung der Verhältnisse die Einwirkungen des Krieges für die Bank besonders bemerkbar, auch beeinträchtigte die Abwicklung mancher früheren, noch aus der Krise herrührenden Geschäfte das Ergebnis. Dagegen wurden in den übrigen Ländern und bei der Zentrale Berlin befriedigende Ergebnisse erzielt, die es von uns bereits gemeldeten Dividendenvorschlag für 1917 von 6 % (wie im Vorjahre) gestatten.

Ueber die Finanzwirtschaft südamerikanischer Republiken im Kriege entnehmen wir dem Bericht folgende Daten:

Argentinien hatte 1917 infolge Regenmangels nur 2,2 Mill. Tonnen Getreide gegen 6,5 Mill. im Vorjahre zur Ausfuhr verfügbar, was aber zum Teil durch höhere Preise ausgeglichen wurde. Gleichzeitig erreichte die Ausfuhr an Fleisch, Häuten, Wolle und anderen Erzeugnissen der Viehzucht eine so hohe Ziffer, daß die Gesamtausfuhr die des Vorjahres um ungefähr 93½ Mill. Goldpesos überstieg; sie betrug 599 Mill. Goldpesos. Der gesamte Ausfuhrüberschuß belief sich auf 241,6 (139,8) Mill. Goldpesos. Der Goldbestand der Konversionskasse betrug Ende 1917 fast unverändert etwa 317 Mill. Goldpesos. Die argentinische Währung hatte, trotzdem die Konversionskasse seit Kriegsbeginn für Goldentnahmen geschlossen ist, eine starke Prämie (Ende 1917 etwa 8—10%) gegenüber den amerikanischen und englischen. Ein großer Teil des Ueberschusses der Handelsbilanz wurde zur Begleichung von Verpflichtungen im Ausland verwendet, davon ungefähr 1 Mill. Goldpesos zur Rückzahlung schwebender Schulden der Nationalregierung in Nordamerika. Diese Gelder, die der Regierung nicht aus den Eingängen des Jahreshaushalts entnehmen konnte, da Ueberschüsse nicht vorhanden waren, wurden als kurzfristige Vorschüsse im eigenen Lande aufgenommen. Sie sollen mit den anderen innere schwebenden Schulden in eine große Anleihe umgewandelt werden. — Bolivien brachte die Minenindustrie, der Hauptfaktor des Wirtschaftslebens, günstige Erträgnisse, trotz der verteuerten Verschiffungspesen und des hohen Wechselkurses; letzterer kam andererseits dem Einfuhrhandel zugute. Bolivens Ausfuhr 1917 betrug 157,75 (101,48) Mill. Bolivianos, die Einfuhr 38,46 (31,09) Mill. Bolivianos. Eine natürliche Folge der in starkem Maße aktiven Zahlungsbilanz war die andauernde Besserung der Landeswährung. Von 18¼ d (für 1 Boliviano) Ende 1916 stieg der Kurs für 90-Tage-Sichtwechsel auf London fast ununterbrochen; eine von der Regierung im Interesse der Finanzlage geplante gesetzliche Maßnahme zwecks Senkung des Kurses unterblieb, da inzwischen eine, allerdings stark beschränkte, Goldausfuhr nach Bolivien von der nordamerikanischen Regierung zugestanden worden war. Der Schlußkurs des Jahres 1917 war 22 d. — Für Chile war das Jahr 1917 ein durchaus günstiges, auch der deutsche Handel in Chile hatte im allgemeinen ein gutes Jahr. Der Ausfuhr von 18,64 (16,54) Mill. pr. £ stand eine Einfuhr von 13,50 (8,68) Mill. pr. £ gegenüber. Der chilenische Wechselkurs auf London war erheblichen Schwankungen unterworfen und erhöhte sich von Jahresbeginn bis Jahresschluß von 11¹¹/₁₆ pence auf 14½ pence. Eine auffallende Erscheinung war die Ueberschreitung der Goldparität von 38 d bei Wechselverkäufen gegen effektive Goldpesos, die zu Kursen bis über 23 d und Ende 1917 zu 22½ d getätigt wurden. Sie ist einerseits auf die große Nachfrage nach Gold zum Zwecke von Zollzahlungen und andererseits auf das nordamerikanische Goldausfuhrverbot zurückzuführen. Verhandlungen mit der nordamerikanischen Regierung waren darauf gerichtet, diese zu veranlassen, wenigstens die Ausfuhr derjenigen Summen, die für den in Gold zahlbaren Teil der Salpeterausfuhrzölle erforderlich sind, zu genehmigen. Die starke Kursbesserung gab Anlaß zu lebhaften Erörterungen in der Presse und im Kongreß über die Errichtung einer Konversionskasse mit dem Hauptzweck, die Steigkeit der Währung zu gewährleisten. Aber ebensowenig wie über den Kurs (12 d oder 15 d) konnte man über die Einrichtung selbst zu einer Einigung gelangen. Die Frage wurde schließlich bis zum nächsten Kongreß im Juni 1918 vertagt; über ihr weiteres Schicksal ist bisher nichts bekannt geworden. — Brasiliens wirtschaftliche Lage blieb recht befriedigend. Die Ausfuhr stieg auf 59,9 (55,0) Millionen £, wovon 50 % (67 %) allein auf Kaffee und Gummi entfielen, und ergab 15,4 (14,6) Millionen £ Ausfuhrüberschuß. Der Kurs des 90-Tage-Sichtwechsels stieg von anfangs 12 pence auf 13¾ pence, nachdem er am 27. Juni bereits 14 pence erreicht hatte. Der auswärtige Zinsdienst, der seit 1914 unterbrochen war, wurde ab 1. August wieder aufgenommen. Peru konnte den bedeutenden Salde der Zahlungsbilanz zugunsten Perus bisher noch einigermaßen durch Goldeinfuhren ausgleichen, die allein im ersten Halbjahr 1,16 Millionen p. £ ausmachten gegen 908 600 p. £ im ganzen Jahre 1916. Die Emissionsbanken konnten die Goldbeckung ihrer Notenanteile von 65 % (50 %) erhöhen. Peru arbeitete ein Gesetzprojekt zur Vermehrung der Umlaufsmittel (!) durch Ausgabe von Goldzertifikaten bis zu 4 Mill. p. £, voll garantiert durch Dollarguthaben bei der Federal Reserve Bank in Washington. Die nordamerikanische Regierung verpflichtete sich dagegen, die Ausfuhr derartiger Dollarguthaben in effektivem Gold 3 Monate nach Friedensschluß zuzulassen. Das Projekt fand zunächst starke Gegnerschaft; laut neueren Nachrichten ist aber ein entsprechendes Abkommen für den Betrag von 3 Millionen p. £ getroffen worden. Uruguays wirtschaftliche Verhältnisse entwickelten sich in befriedigender Weise weiter. Die Ausfuhr stieg von 73,87 auf 103,46 Millionen urug. Dollar, die Einfuhr von 38,80 auf 71,61 Millionen urug. Dollar. In finanzieller Hinsicht ist das weitere Anwachsen des Goldbestandes erwähnenswert, der mit urug. $ 50 310 193 am 30. September seinen Höchststand erreichte und sich auf 46,10 (41,47) Millionen urug. Dollar am Jahresschluß stellte. Eine sich als notwendig erweisende Vermehrung der Umlaufsmittel wurde in der Weise erlangt, daß der Banco de la Republica durch Gesetz die Ermächtigung erhielt, seine bisher ohne das Doppelte des eingezahlten Kapitals (etwa urug. $ 14 500 000) betragende Notenausgabe auf das Dreifache zu erhöhen.

Neue Kohlenpreiserhöhungen.

In der gestrigen Zechenbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats sind die Richtpreise für die Zeit vom 16. d. M. bis Ende Juli festgesetzt und für Kohle im allgemeinen um 10 ℳ und für Koksim allgemeinen um 15 ℳ für die Tonne erhöht worden. Für Nußkohle beträgt die Preiserhöhung 11 ℳ und für minderwertige Brennstoffsorten (Schlammkohle, Mittelprodukte, minderwertige Feinkohle, Koksgrus usw.) 2,50 X für die Tonne. Der Preis für Preßkoks 1 bis 3 erhöht sich um 18 ℳ. Für Briketts stellen sich die Richtpreise unter Berücksichtigung einer neuen Erhöhung des Zechpreises um 11,75 X für die Tonne höher als die Malpreise.

Die neue Preiserhöhung des Kohlensyndikats muß eigentlich überraschen, denn erst im April dieses Jahres sah sich das Syndikat veranlaßt, Preiserhöhungen in recht erheblichem Umfang zu beantragen, die für Kohle 20 ℳ, für Koks 30 ℳ und für Briketts 20,50 ℳ ausmachten. Diese Preiserhöhungen fanden zwar zunächst nicht die Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums, das daraufhin Höchstpreise festsetzte. Spätere Verhandlungen mit den Ruhrkohlenzechen wie auch mit den oberschlesischen Zechen führten aber dann zu dem Ergebnis, daß das Reichswirtschaftsministerium den Syndikaten die geforderten Preiserhöhungen zugestand, allerdings mit der Einschränkung, daß die Preiserhöhung nicht allen Werken unterschiedslos zugute kam, sondern daß die Hälfte der Preiserhöhung in eine Ausgleichskasse floß, über deren endgültige Verwendung das Ministerium sich die Genehmigung vorbehielt. Man hätte eigentlich annehmen müssen, daß durch diese neuen Preiserhöhungen, die ab 1. Mai in Kraft traten, die Kohlenzechen auf eine günstigere Basis gestellt wurden. Die letzten Meldungen aus der Kohlenindustrie lassen auch erkennen, daß sich die Lage in der Kohlenindustrie etwas gebessert hat. Wenn auch den Zechen keine Gewinne geblieben sind, so deuten doch die sonstigen Begleitumstände (Erhöhung der Förderung und Abnahme der Streike) darauf hin, daß der allgemeine Schwerpunkt in der Industrie überwunden zu sein scheint. Auch die Berliner Börse scheint diese Ansicht geteilt zu haben, denn die meisten Kohlenaktien haben in der letzten Zeit zum Teil nicht unerhebliche Kurssteigerungen zu verzeichnen. Nachstehend bringen wir eine Tabelle, die eine Übersicht über die Kohlenpreisgestaltung im Vergleich zum Herbst 1914 gibt:

	Herbst 1914	1. Mai 1919	16. Mai 1919
	ℳ	ℳ	ℳ
Gewaschene Nußkohlen I . .	15,50	66,25	77,25
" " II . .	14,—	64,75	75,75
" " IV . .	12,25	62,95	74,55
" Anthrazitnüsse I	17,75	69,25	80,25
" " II	21,75	74,05	85,05
Hochofenkoks I	17,—	88,70	103,70
" II	16,—	87,70	102,80
" III	15,—	86,10	101,10
Gießereikoks	17,50	90,80	104,80
Brunkoks I	19,—	91,70	106,70
" IIa	20,—	92,90	107,90
" III	14,50	88,10	103,10
" IV	8,50	80,90	95,90
Briketts I. Sorte	18,75	65,95	77,70
" II. "	13,75	61,75	73,50
" III. "	11,—	62,05	74,40

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gibt als Grund für die neuen Kohlenpreiserhaensetzungen folgendes an: „Den Beschlüssen sind Verhandlungen mit den Führern der Bergarbeiterverbände vorausgegangen, welche die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 Mark je Mann und Schicht ergeben haben. Bei der mißlichen Lage, in der sich die seit Monaten schon unter denkbar ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Zechen befinden, konnten sie die Lohnerhöhung nicht ohne eine entsprechende Aufbesserung der Preise vornehmen. Der Umfang dieser Preiserhöhungen ist das Ergebnis eingehender Verhandlungen und sorgfältiger Berechnungen. Die Beratungen über den Ausgleichfonds brachten noch kein Ergebnis. Sie sollen fortgesetzt werden." Nun ist es noch keineswegs gesagt, daß die von den Zechen beschlossene Preiserhöhung zur Tatsache wird, denn eine Genehmigung für diese Preiserhöhungen seitens des Reichswirtschaftsministeriums, das zu der Frage überhaupt noch nicht Stellung genommen hat, liegt nicht vor. Sollten jedoch die neuen Preissteigerungen zur Tatsache werden, so würde dies nicht ohne Einfluß auf die Verbraucher bleiben. Eine neue schwere Belastung des Konsums und der Industrie würde zur Tatsache. Neue Preiserhöhungen, namentlich für Eisen, waren unabwendbar, was man gerade im Augenblick vermeiden sollte. In der letzten Zeit hat sich im Auslande, so u. a. in Belgien, ein Nachlassen der Eisenpreise bemerkbar gemacht. Das Reichswirtschaftsamt wird die Frage zu prüfen haben, ob die beantragte Preiserhöhung des Kohlensyndikats im Interesse der Industrie, und um dem Auslande gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben, angebracht ist. H. Sch.

Die Maschinenindustrie gegen den freien Handel. Gegenüber den in der letzten Zeit erneut durch die Presse gehenden Forderungen, bei der Ausfuhr von Industrieerzeugnissen die völlige Freiheit des Handels wieder herzustellen, ist von Bedeutung, daß zahlreiche Kreise der Industrie, vor allem der Maschinenindustrie, diesen Standpunkt durchaus nicht teilen. Im Maschinenbau hat sich die im Laufe der Kriegsjahre auf amtliche Veranlassung geschaffene Preisüberwachung so bewährt, daß sie in einzelnen Industriegruppen, für die sie am Ende des vorigen Jahres ausser Kraft gesetzt worden war, neuerdings auf Wunsch der Industrie wieder in vollem Umfange eingeführt worden ist. Ausschlaggebend dabei ist der Umstand, dass der Mangel an Rohstoffen, das Steigen der Löhne und der ausserordentlich schlechte Stand unserer Valuta eine solche Verwirrung und Unsicherheit über die Angemessenheit der Preise herbeigeführt hat, dass sehr unglaubmässige Angebote und ganz unbegründete Preisdrückungen die Folge waren. Seitdem die von der grossen Mehrzahl der Hersteller freiwillig beschlossenen Ausführvereinbarungen vom Reichswirtschaftsministerium günstig bewertet werden und so auch von den Abnehmern das Verhältnis beachtet werden müssen, ist willkürlichen und unangemessenen Preisunterbietungen vorgebeugt. Gerade in denjenigen Zweigen des Maschinenbaues, die in mehrjähriger Praxis Erfahrungen über die Zweckmässigkeit der Preisüberwachung sammeln konnten, kommt die Ueberzeugung immer mehr zum Durchbruch, dass eine richtig durchgeführte Ueberwachung nicht nur zweckmässig, sondern im allgemeinen Interesse geradezu notwendig ist.

Eine sozialdemokratische Finanzinterpellation. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat folgende Interpellation Auer und Gen. eingebracht:

Ist der Regierung bekannt, dass die grossen Einkommen und Vermögen auf den verschiedensten Wegen, insbesondere durch Abwanderung nach dem Ausland, der steuerlichen Erfassung entzogen werden?

Ist ihr weiter bekannt, dass den Reichsfinanzen unabsehbarer Schaden zugefügt wird durch die Annahme von Kriegsanleihe zum Nennwert beim Verkauf von Heeresgut?

Ist die Regierung bereit, in kürzester Frist der Nationalversammlung Gesetzentwürfe zur schärfsten Erfassung der Kriegsgewinne und der grossen Einkommen sowie zur Erhebung einer allgemeinen progressiven Vermögensabgabe vorzulegen?

Ist sie ferner bereit, die Inzahlungnahme der Kriegsanleihe zum Nennwert sofort einzustellen?

* * *

Das Reichsfinanzministerium befasst sich, wie anzunehmen ist, dauernd mit dem gesammten Fragenkomplex, an den die Interpellation führt. Die Besprechung dieser hochaktuellen Fragen vor dem Plenum der Nationalversammlung wird der Regierung kaum unwillkommen sein. Es ist im übrigen sehr wohl möglich, dass in der Anzelegenheit der Inzahlungnahme der Kriegsanleihe eine Neuordnung des bisherigen Modus im Reichsfinanzministerium erwogen wird.

Gegen das Ausfuhrverbot von Teerfarbstoffen aus dem besetzten Gebiet. Auf Anordnung der Besatzungsbehörden ist die Ausfuhr von Teerfarbstoffen aus dem besetzten Gebiet nach dem unbesetzten Deutschland verboten worden. Die deutschen Teerfarbwerke liegen zum grössten Teil im besetzten Gebiet. Viele Unternehmen im unbesetzten Deutschland, die auf den Bezug der Teerfarbstoffe aus dem besetzten Gebiet angewiesen sind, werden sich daher binnen kurzem gezwungen sehen, ihre Betriebe zu schliessen. In Anbetracht der Gefahren, die daraus für das Wohl der betreffenden Arbeiter und für die öffentliche Ordnung sich ergeben, sind die Alliierten am 5. Juni in Spaa gebeten worden, Gesuchen um Ausfuhrgenehmigung von Teerfarbstoffen aus dem besetzten Gebiet in weitestgehendem Masse zu entsprechen.

Ausländische Volkswirtschaft.

Oesterreichische Länderbank. Die Bilanz für 1918 weist einen Rohertrag von 42 348 902 Kr. (i. V. 42 004 297 Kr. auf. Nach Abzug eines Verlustes auf Effekten von 5 654 151 Kr. und Abschreibungen, Spesen und Steuern in Höhe von 24 698 340 Kr. (23 911 811 Kr.) verbleibt ein Reingewinn von 12 056 411 Kr. (19 092 486 Kr.). Dem Reservefonds sollen statutengemäss 110 768 Kr., dem Pensionsfonds der Angestellten 2 Millionen Kronen überwiesen und als Dividende 5% gleich 20 Kr. für die Aktie gegen 32 Kr. im Vorjahre vorgeschlagen werden. Nach Abzug der Tantiemen verbleiben 1 451 003 Kr. (2 509 478 Kr.) für neue Rechnung.

Die Kriegskonjunktur in der schweizerischen Schokoladenindustrie. Einen Begriff von den Gewinnen, die der Krieg den schweizerischen Schokoladenfabrikanten gebracht hat, vermittelt der Jahresabschluss der grössten Schokoladenfabrik der Schweiz, der Peter, Cailler, Kohler A.-G. Das Unternehmen erzielte in 1918 einen Bruttoertrag von 42,78 Millionen Franken (i. V. 38,15 Millionen Franken) und einen Reingewinn von 9 330 000 Fr. (6 618 000 Fr.). Das Aktienkapital wurde 1918 um 14 Millionen auf 35 Millionen Franken, der Obligationenumlauf um 10 Millionen Franken vermehrt.

Die schweizerischen Exportkredite an Frankreich und England, die auf Grund der Finanzabkommen mit diesen Ländern durch die schweizerische Finanzgesellschaft in Luzern bauend gewährt worden sind, betägen, wie verlautet, zurzeit insgesamt über 207 Millionen Frank. Davon entfallen 122,75 Millionen auf Frankreich und 84,46 Millionen auf England.

Aktiengesellschaften.

Die J. D. Riedel Akt.-Ges. in Berlin-Britz teilt im Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1918 mit, dass das Werk bis zum Ausbruch der Revolution dauernd beschäftigt gewesen sei. Die Erschwerung der Ausfuhr nach dem Auslande zurückzuführen. Der Rohgewinn stellt sich auf 5 619 570 ℳ (i. J. 1917 3 710 891 ℳ). Die allgemeinen Unkosten haben sich von 2 095 019 ℳ auf 3 676 384 ℳ und Steuern und Abgaben von 217 421 ℳ auf 373 165 ℳ erhöht. Nach Absetzung eines Betrages von 227 773 ℳ für Kursverlust an Staatspapieren und nach Abschreibungen von 307 249 ℳ (538 327 ℳ) ergibt sich ein Ueberschuss von 317 930 ℳ (1 042 484 ℳ). Die Dividende wird mit 16% auf 4 467 000 ℳ Stammaktien (i. V. 16% auf 3,6 Millionen Mark Stammaktien) und mit 4½% auf 93 000 ℳ Vorzugsaktien (4½% auf 1 Million Mark Vorzugsaktien) in Vorschlag gebracht. Wie bereits mitgeteilt, stellt die Gesellschaft auf die Tagesordnung der Generalversammlung u. a. den Antrag auf Beschlussfassung über die Tilgung der bisher noch ihr zugewandelten 99 000 ℳ Vorzugsaktien in Stammaktien, ferner die Wiedererhöhung des durch diese Tilgung verminderten Grundkapitals auf 6,3 Millionen Mark durch Ausgabe der entsprechenden Anzahl von Stammaktien.

Die Continentale Linoleum Werke Akt.-Ges. in Berlin schlossen das abgelaufene Geschäftsjahr mit einer Erhöhung der Unterbilanz um 30 000 ℳ, wodurch sich der Gesamtverlust auf rund 90 000 ℳ erhöht. Der Grund des neuen Verlustes liegt in den ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen; die Gesellschaft hat indessen das vergangene Jahr zu einer Erweiterung und Verbesserung der Anlagen benutzt. Mit Aufträgen ist die Gesellschaft gut versehen.

Berliner Börse vom 12. Juni.

Die Börse war zwar infolge der Vorgänge in der französischen Kammer und der stetig wachsenden Streikbewegung in Frankreich auf einen ziemlich zuversichtlichen Ton gestimmt, doch gestaltete sich die Tendenz nicht ganz einheitlich. Abgabestellung trat am Montanmarkt für die Aktien der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.-G., der Lothringer Hüttenwerke, der Mannesmann-Röhrenwerke, der Phoenix-Gesellschaft, der Oberschlesischen Eisen-Industrie A.-G. hervor, während jene der Gelsenkirchner Gesellschaft und der Harpener Gesellschaft im Anschluß an die erhöhten Kohlenpreise zu anziehenden Kursen dem Markte entnommen wurden. Besser bewertet wurden auch Schiffahrtspapiere und Farbaktien; auch für einzelne Elektropapiere bestand Kauflinteresse. Ausländische Bahnen waren umsatzlos. Kolonialpapiere setzten fester ein, konnten sich später aber nicht behaupten; Petroleumwerte waren uneinheitlich. Am Einheitsmarkt war das Geschäft unerheblich. Für heimische Anleihen zeigte sich zu anziehenden Kursen Kaufbegehr; Kriegsanleihen stellten sich auf etwa 77½%. Der Schluß der Börse gestaltete sich etwas schwächer. Tägliches Geld 4½% und darunter, Privatdiskont 4⅝% und darunter.

Am Einheitsmarkt waren höher:

Westfäl. Kupfer 4, Rosenthal Porz. 5, Königszelt Porz. 4¼, Loewe 5, Dtsch. Südsee. Telegr. 5, Leonh. Tietz 5. Hilgers 10½, Hasper 5, Auer 5, Gladbacher Wolle 5, Hannoversche Waggon 10, Aplerbecker Bergwerk 4, Müller Speisetett 4, Dtsch. Atlant. Telegr. 5, Busch Waggon 4, Kunz 4½, Rheinchamotte 4.

Niedriger: Aachen Mastricht Akt. 11 rep., Aachen Mastricht. Genuss Scheine 35 ℳ, Erdmannsdorfer Spinnerei 5, Aluminium Ind. Ges. 6, Horch 6½, Weser 15 geg. 1. Notiz, Lindenberg Stahl 7, Tunis Eisen 5½, Brown Boveri 6, Schubert u. Salzer 7, Glunitz. Zucker 7, Reichelt Metall 7½, Pittler 5, Witten Gusstahl 5.

*

Reichsbankdiskont 5%, Lombardzinsfuß 6½%.

Liste

der mit variablen Kursen gehandelten Papiere.

	Schlusskurse v. 11. 6.	Anfangskurse v. 12. 6.		Schlusskurse v. 11. 6.	Anfangskurse v. 12. 6.
Anatolier . . .	—	—	Mannesm. . . .	162½	161¼
Franzosen . . .	—	—	Oberschles. B. .	105½	—
Lombarden . .	20	19½	Eisen-Ind. . .	140¼	139
Prins Henry . .	273½	273	Phönix	167	164½
Orientbahn . .	238½	238	Rhein. Stahl . .	188½	185½
Schantung . .	124	124½	Lombacher . .	140½	140
Gr. Berliner . .	121	120½	Akt. f. Anilin .	219	218
Oest. Kredit . .	—	—	Bad.	292	292
Türk. Tabak . .	449	450	Kibert. Farb. .	—	249½
Ds. Austral. . .	127½	—	Höchster . . .	262	—
Hbg. Paket . .	87½	87½	A. E.-G. . . .	161½	162½
" Südamer.	146	146	Bergmann . . .	188½	189
Hansa	192½	194	Siem. u. Halske	184	185
Nordd. Lloyd .	91½	92½	Schuckert . . .	114	115
Bismarckh. . .	177½	177½	Allg. Elektr. .	155	—
Deutscher . . .	161	160	Lahm. Böhler .	169½	170
Dt. Luxemburg	148½	—	Dtsch. Waffen .	206½	205½
Gelsenkirchen .	151	152½	Dtsch. Kaiser .	263½	—
Harpener . . .	150½	154	V. Kölln-Rottw.	182½	180½
Ilseniehütte . .	96	—	Brauerei . . .	154	155½
Kattowitzer . .	127	—	Rhein. Metall .	144	—
Laura	—	—	Daimler . . .	178	178½
Lothr. Hütte . .	144½	142½	Dt. Kali . . .	158½	—

Devisenkurse.

Berlin.

Telegraphische Auszahlungen:	12. Juni Geld	12. Juni Brief	11. Juni Geld	11. Juni Brief
Holland . . . . 100 Gulden	262	263½	265	265½
Dänemark . . 100 Kronen	242	243½	237	237½
Schweden . . 100 Kronen	260	260½	262	262½
Norwegen . . 100 Kronen	260	260½	256	256½
Helsingfors . 100 finnische Mark	124½	125½	125½	126½
Schweiz . . . 100 Franken	317	317½	317	317½
Wien . . . . 100 Kronen	50,45	50,55	51,45	51,55
Madrid u. Barcelona 100 Pesetas	268	269	268	264

Wien, 11. Juni.

	K.v. 11. 6.	K.v. 10. 6.		K.v. 11. 6.	K.v. 10. 6.
Berlin	198,75	190,75	Konstantinopel . .	—	—
Amsterdam . . .	1160,00	1160,00	Türkische Noten .	—	—
Zürich	532,50	532,50	Marknoten . . .	191,00	189,00
Kopenhagen . . .	651,50	651,5	Rbl.-N. Romanow .	—	—
Stockholm . . .	681,0	681,50	" Duma . . .	—	—
Christiania . . .	578,5	578,50	Levantenoten . .	—	—

Amsterdam, 11. Juni.

	K.v. 11. 6.	K.v. 10. 6.		K.v. 11. 6.	K.v. 10. 6.
Berlin	17,221	17,55	New York	255½	255,50
Wien	8,25	8,25	London	11,85½	11,85½
Schweiz	45,45	46,80	Paris	22,25	22,22½
Kopenhagen . . .	60,83	60,40	Christiania . . .	64,65	64,65
Stockholm . . .	63,80	63,00			

Dividendenvorschläge.

Gesellschaften	Vorschläge 1918	Gezahlte Dividende 1917	1916	1915	1914
Concordia Elektrizitäts-A.-G. .	10	12½	7½	7½	10
Rheinisch-Westf. Bank für Grundbesitz	0	0	0	0	0
Gesellschaft für elektrische Unternehmungen	6	5	5	6	6

Neuerscheinungen.

A. Heinrichsbauer: „Das Bergbaumonopol." Essen 1919, Verlag der „Deutschen Bergwerkszeitung". Die Schrift will die wirtschaftliche Überlegenheit des privaten Bergbaues über den staatlichen erweisen und die Politik des bisherigen Kohlensyndikates rechtfertigen. Es sind im allgemeinen die bekannten Gründe, die gegen verstaatlichte Unternehmungen seit jeher angeführt werden, gestützt auf eine nicht immer wissenschaftlich korrekt verwertete Statistik. Man kann ein Gegner der unbedingten Sozialisierung sein, wird dann aber doch mit solch fragwürdigen Zahlen arbeiten dürfen wie auf S. 27 z. B.: Im Ruhrgebiet (privater Bergbau) stiegen die Lohnkosten einer Tonne in den Jahren 1886 bis 1913 von 2,96 ℳ auf 5,88 ℳ; im Saargebiet (Staatsbergbau) von 3,73 ℳ auf 5,50 ℳ; im Ruhrgebiet also um ungefähr das Doppelte, im Saarbezirk um noch nicht die Hälfte, sagt Verfasser. Die Zahlen sprechen aber eher zugunsten des Staates: der Saarbergbau hatte schon längst höhere Löhne, die privaten Zechen im Ruhrgebiet sind erst langsam nachgehinkt, haben später den Staat allerdings zeitweise übertroffen. Ueberhaupt gehört die Beweise, die vom Gesichtspunkt auf gegen eine Monopolisierung sprechen sollen auf besonders schwachen Füssen.

Paul Fröhlich: „Der Weg zum Sozialismus". Hamburg, Verlag der „Kommunistischen Arbeiterzeitung".

Eine Flugschrift, die für Herbeiführung eines Sozialismus im Sinne des Spartakusbundes wirbt, ausgehend von der Voraussetzung, dass der Kapitalismus am Ende seiner Kräfte und reif geworden sei, vom Sozialismus abgelöst zu werden.

Winkelhausen
Deutscher Cognac
Cognacbrennereien H. A. Winkelhausen
Preußisch-Stargard